

Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Mit den Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und Für unsere Kinder

Die Gleichheit erscheint alle vierzehn Tage einmal.
Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich
ohne Bestellgeld 55 Pfennig; unter Kreuzband 85 Pfennig.
Jahres-Abonnement 2,60 Mark.

Stuttgart
15. April 1912

Zuschriften an die Redaktion der Gleichheit
sind zu richten an Frau Clara Zetkin (Zunbe), Wilhelmstraße,
Post Begehrloch bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich
in Stuttgart, Furtbach-Strasse 12.

Inhaltsverzeichnis.

„Entbehrungslöhne“ der Textilkönige. Von Hermann Jädel. —
Preussische Jugendpflege. Von M. W. — Hausagitation. Von
Luise Zieg. — Die Kinder von Lawrence. Von Meta L. Stern.
— Mädchenhandel. Von M. Kl.
Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Fortschritte der prole-
tariischen Frauenbewegung in Bremerhaven, Lehe und Geestemünde.
— Von der proletariischen Frauenbewegung in Mainz-Rombach
in den Jahren 1910 und 1911. — Proletariische Jugendbewegung.
— Politische Rundschau. Von H. B. — Gewerkschaftliche Rund-
schau. — Aus der Textilarbeiterbewegung. Von h. j. — Aus dem
Jahresbericht für 1911 des Deutschen Textilarbeiterverbandes.
Von k. sch. — Genossenschaftliche Rundschau. Von H. F.
Kurzzeitteil: Dienstofffrage. — Arbeitsbedingungen der Arbeiter-
innen. — Wohnungsfrage. — Frauenstimmrecht. — Sozialistische
Frauenbewegung im Ausland. — Die Frau in öffentlichen Ämtern.

„Entbehrungslöhne“ der Textilkönige.

In den Kreisen unserer Textilunternehmer herrscht Heulen und Zähneklappern. Das Jahr 1911 brachte einem Teil der großen Besitzer nicht den gewünschten und gewohnten Gewinn. Ganz besonders groß ist der Jammer der Baumwollspinner. Bisher hatten sie doch Jahr für Jahr so schöne Profite gemacht. Auch die schlechten Jahre der Webereien berührten sie nicht. Um so schmerzlicher ist für sie der Ausfall des Jahres 1911, und in beweglichen Worten schildern diese „Armen“ das Elend des Textilkapitals und stellen tief-sinnige Forschungen an, ob es sich überhaupt noch lohnt, Gelder in der Textilindustrie anzulegen. Der einzige Trost in dieser schweren Zeit ist für sie, daß sie alle berichten können: das Jahr 1912 eröffnet wieder sehr günstige Aus-sichten. Wenn die Günst des Jahres 1912 sich in klingende Münze umgesetzt hat, dann werden hoffentlich unsere Textil-könige ihren jetzigen Schmerz männlich überwunden haben und werden wieder zum Bewußtsein gelangt sein, daß es sich als Textilkapitalist doch immerhin recht gut leben läßt. Man wird neue Spindeln, neue Webstühle aufstellen und die Be-triebe vergrößern und sich sonnen im Glücke kapitalistischer Profitjägererei. „Nach uns die Sintflut,“ nach diesem Grund-satz hat man gehaust seit mehr denn 50 Jahren. Und man ist dabei mächtig und immer reicher geworden, und man wird es weiter so halten. Höchstens daß man die Zahl der in der Textilindustrie sich mehrenden Konventionen und Kartelle noch vergrößert.

Seit 1890 bis heute wurde in Deutschland die Spindel-zahl in Baumwolle fast verdoppelt, sie stieg von 6 000 000 auf 11 000 000. Die Zahl der mechanischen Baumwollwebstühle wurde im gleichen Zeitraum von 128 000 auf 260 000 hinauf-geschraubt. Die Spindelzahl der Erde hat sich in diesen 21 Jahren von 87 000 000 auf 135 000 000 erhöht, und die An-lage des Kapitals in Textilunternehmungen hat sich reichlich gelohnt. Das Kapital im Betrag von 624 280 393,71 Mk., das 1909 in Deutschland in den 342 Aktiengesellschaften der Textilindustrie angelegt war, brachte ansehnliche Gewinne. 360 098 907 Mk. Gewinn wurden in fünf Jahren, von 1905 bis 1909, herausgewirtschaftet. Außerdem wurden den „schwer

arbeitenden“ Aufsichtsräten in dem gleichen Zeitraum 29 402 097 Mk. an Lantieme bezahlt, und die gut besoldeten Direktoren erhielten hohe Gratifikationen. Fünf Jahre gaben also mehr als die Hälfte des ganzen Kapitals zurück. Auf ein Jahr berechnet, ergibt das eine Ver-zinsung des Aktienkapitals der Textilindu-strie von 12,4 Prozent. Das ist jedoch nicht der ganze Gewinn. Die hohen Erträgnisse gestatteten hohe Abschrei-bungen, außerdem hohe Rücklagen zu den verschiedensten Fonds. Die Spezialreservefonds, Dividenden-fonds, Vorsichtsfonds, Wohlfahrtsfonds ufw. betrugen allein 1909 113 565 840 Mk.

Die höchsten Gewinne brachte die Zwirnerei- und Nähfadenindustrie. Sie erzielte einen Reingewinn von 3 335 301,40 Mk. im Durchschnitt des Jahres bei einem Aktienkapital von 18 826 600 Mk., das ist gleich einer Ver-zinsung von 17,7 Prozent. Ihr folgt die Zuteindustrie mit 6 264 089,40 Mk. Gewinn bei 35 865 800 Mk. Kapital, das ist gleich 17,4 Prozent Verzinsung. Dann folgt die Spitzen-, Tüll- und Gardinenfabrikation mit 4 186 698,80 Mk. Jahresgewinn bei 26 640 000 Mk. Aktienkapital. Der Betrag entspricht einer Verzinsung von 15,7 Prozent. Die Baumwollindustrie steht an vierter Stelle. Sie muß sich mit einer Verzinsung von 14,3 Prozent „begnügen“ und mit einem Jahresreingewinn von 27 470 764,20 Mark bei einem Aktienkapital von 191 836 927,71 Mk. Es kommen 98 Gesellschaften dabei in Frage. Des weiteren folgen nun der Reihe nach: Seilerei- und Tauwerk-industrie: 12 Aktiengesellschaften mit 24 231 002 Mk. Kapital und 3 343 980,60 Mk. Gewinn, das ist eine Ver-zinsung des Kapitals von 13,8 Prozent. Wollwäscherei, Wollkammerei und Kammgarnspinnerei: 51 Aktien-gesellschaften mit 142 073 714 Mk. Kapital und 16 710 501 Mark Gewinn, das ist eine Verzinsung des Kapitals in der Höhe von 11,7 Prozent. Flach- und Leinenindu-strie: 29 Aktiengesellschaften mit 53 363 000 Mk. Kapital und 4 405 299 Mk. Gewinn, das ist eine Verzinsung des Kapitals von 8,2 Prozent. Tuch- und Buckskinindu-strie: 25 Aktiengesellschaften mit 37 194 650 Mk. Kapital und 2 895 870 Mk. Gewinn, das ist eine Verzinsung des Kapitals in Höhe von 7,7 Prozent. Veredlungsindu-strie: 33 Aktiengesellschaften mit 42 305 500 Mk. Kapital und 2 390 949,40 Mk. Gewinn, das ist eine Verzinsung des Kapitals von 5,6 Prozent. Die verschiedenen anderen Branchen brachten es zusammen auf 6 896 747 Mk. Gewinn bei 51 943 000 Mk. Aktienkapital in 43 Gesellschaften. Hier hat man es mit einer Verzinsung des Aktienkapitals in der Höhe von 13,2 Prozent zu tun.

Zu der Baumwollspinnerei lassen sich Schlüsse auf die Rentabilität der gesamten Spinnereien ziehen. Die Spinnereien sind fast durchgehende Großbetriebe; auch die in privatem Besitz. Die Aktienspinnereien hatten 4 999 621 Spindeln. Nach den Feststellungen der Bre-mer Baumwollbörse gab es 1909 in Deutschland 9 543 682

Baumwollspindeln. In den Aktienspinnereien brachte die einzelne Spindel einen Gewinn von 5,49 Mk. Diese Summe multipliziert mit der Summe der vorhandenen Spindeln überhaupt ergibt einen Gesamtgewinn der Baumwollspinnereien von 52 394 814,18 Mk. pro Jahr. Man sieht, die großen Textilunternehmungen machen ein Bombengeschäft, und die großen Unternehmungen beschäftigten zwei Drittel aller in der Textilindustrie tätigen Personen. Sie produzieren den überwiegend größten Teil der mehr als 2 Milliarden Mark betragenden Jahresproduktion der deutschen Textilindustrie.

Wie ärmlich nehmen sich demgegenüber die Löhne der Arbeiter und Arbeiterinnen aus. In dem zweiten Halbjahr 1910 haben 17 919 männliche Mitglieder des Deutschen Textilarbeiterverbandes und 8 304 weibliche dem Vorstand dieses Verbandes allwöchentlich ihren verdienten Lohn angegeben. Von den männlichen Arbeitern verdienten 383 bis zu 10 Mk. pro Woche, 4673 über 10 Mk. bis 16 Mk., 4598 über 16 Mk. bis 20 Mk., 4746 über 20 Mk. bis 25 Mk., 1312 über 25 Mk. bis 30 Mk., 1247 über 30 Mk. Von den 8304 Arbeiterinnen verdienten 302 bis zu 7 Mk., 362 über 7 Mk. bis 8 Mk., 788 über 8 Mk. bis 9 Mk., 1318 über 9 Mk. bis 10 Mk., 2321 über 10 Mk. bis 12 Mk., 1534 über 12 Mk. bis 14 Mk., 925 über 14 Mk. bis 16 Mk., 466 über 16 Mk. bis 18 Mk. und nur 248 über 18 Mk. pro Woche. 92 Prozent der Arbeiterinnen erreichten nur einen Verdienst bis zu 16 Mk., 61,8 Prozent hatten noch keine 2 Mk. pro Tag an Lohn.

Hohe Profite der Unternehmer, farge Entlohnung der Arbeiter, Reichtum, Überfluß und Luxus in den Palästen der Textilkönige — Armut, Entbehrung und Not in den bescheidenen Wohnungen der Arbeiter: das ist es, was der Jugendschein lehrt. Immer aufs neue muß dieser Gegensatz aufsteigen zu rastlosem Kampfe. Unablässiger Kampf gegen Ausbeutung, Not und Mühsiggang! Kein erfolgreicher Kampf ohne Organisation! Nur Organisationen können Siege errufen. Deshalb der Schrei der Unternehmer nach Zuchtstrafen gegen die vereinigte Arbeit! Mögen die Herren schreien! Antworten wir mit der Tat! Organisiert Kampf gegen die ausbeutende Kapitalistenklasse: das sei unsere Lösung! Hermann Fädel, Berlin.

Preussische Jugendpflege.

Dem preussischen Abgeordnetenhaus ist vor kurzem eine „Denkschrift über Jugendpflege in Preußen im Etatsjahr 1911“ zugegangen. „Der langjährigen treuen Arbeit national gesinnter Einzelpersonen und freier Vereinigungen, den zahlreichen kirchlichen Vereinen, den Turn-, Sport- und Spielvereinen, der Zentrale für Volks- und Jugendwohlfahrt“ wird darin Dank ausgesprochen für ihre Mitarbeit. Das Schriftstück dankt auch verschiedenen Ministerien für ihre Anregung und Unterstützung in den letzten „Jahrzehnten“. Nach welcher Richtung dies geschehen sein soll, bleibt allerdings ungesagt. Denn am 24. November 1901 erschien überhaupt der erste Erlass „betreffend Fürsorge für die schulentlassene gewerbliche männliche Jugend“, welchen preussische Minister an die Regierungspräsidenten und an den Berliner Polizeipräsidenten gerichtet haben, und zwar gleich drei Minister, die des Handels, des Kultus und des Innern. Seitdem sind noch die Erlasse vom Jahre 1905 und 1908 nachgefolgt; insbesondere der letztere empfahl zur Ergänzung der konfessionellen Vereine „Fürsorgeeinrichtungen an gewerblichen und kaufmännischen Fortbildungsschulen“. Zur Unterstützung dieser zu gründenden Fortbildungsschulvereine wurden vom preussischen Handelsminister jährlich 100 000 Mk. bewilligt und 120 000 Mk. vom preussischen Kultusminister zur Förderung von Leibesübungen, Volks- und Jugendspielen. An diese drei Dokumente reihte sich der bekannte Erlass des preussischen Kultusministers vom 18. Januar 1911, der ge-

stügt auf die Millionenbewilligung des preussischen Landtags, nun endlich die bis dahin noch nicht eingetretenen Erfolge der preussischen Jugendpflege bringen sollte.

In Mitteln hat es also die preussische Regierung nicht fehlen lassen, um die rebellische Arbeiterjugend zu gehorsamen und unterwürfigen Bürgern des kapitalistischen Klassenstaats zu erziehen. Aber trotz der großen Worte, mit denen die Denkschrift die Leistungen der verschiedenen Richtungen der behördlich geförderten Jugendpflege feiert, steht doch der Erfolg in gar keinem Verhältnis zu den Kosten.

Die Denkschrift berichtet, daß im Etatsjahr 1911 über 16 000 Personen für Jugendpflege oder einzelne ihrer Teile ausgebildet wurden, so daß zusammen mit den schon in früheren Jahren geschulten jetzt insgesamt 60 000 Pfleger für die „große vaterländische Aufgabe erwärmt und begeistert sind“. Diese Erwärmung und Begeisterung hat für die 16 000 im Jahre 1911 ausgebildeten Personen 118 681 Mk. gekostet. Also ungefähr 7½ Mk. haben die preussischen Steuerzahler ausgegeben für jeden Jugendpfleger, der Söhne der Arbeiter in einem dem Proletariat feindlichen Sinne „erzieht“.

In 27 Regierungsbezirken, so berichtet die Denkschrift weiter, waren im Februar 1911 zusammen 469 937 aus der Schule entlassene männliche Jugendliche in Pflege. In der Zeit vom 1. April bis 1. Dezember 1911, also nach dem Erlass und der großen Geldbewilligung, stieg ihre Zahl auf 560 489, mithin um 90 522, das sind mehr als 19 Prozent!

Von der ganzen Million, die im Januar 1911 bewilligt wurde, war am 1. Februar 1912 nicht ein Pfennig mehr übrig. „Zahlreiche wohlbegründete Anträge mußten leider aus Mangel an Mitteln zurückgestellt werden.“ Nun — der preussische Landtag ließ sich bei seiner neuerdings so heiß entbrannten Liebe zur Arbeiterjugend nicht zweimal mahnen und bewilligte für 1912 noch ½ Million mehr, also im ganzen 1½ Millionen Mark für den erhabenen Zweck, die jungen Proletarier als gedankenlose, willige Ausbeutungsobjekte zu erhalten, ja sie als Stützen des Kapitalistenstaats zu mißbrauchen.

Aus den Einzelberichten der Regierungsbezirke sei hier nur hervorgehoben, daß Militär, Schule und Geistlichkeit vielfach gemeinsam arbeiten; Schule und Kirche stellen die Räumlichkeiten zur Verfügung, und die Gemeinden tragen dafür die Kosten. Merkwürdigerweise findet in der Denkschrift keine Erwähnung, daß die Militärverwaltungen die Kasernen als Nachtquartiere bei Jugendwanderungen zur Verfügung stellen; ebensowenig wird vermerkt, daß die Kasernenhöfe häufig als Übungsplätze für Turn- und Kriegsspiele von den nationalen Jugendvereinigungen benutzt werden dürfen! Warum schweigt die Denkschrift über ein so wichtiges Hilfsmittel zur patriotischen Jugend-erziehung?

Sehr ausführlich wird in der Denkschrift über den Stand der Berliner staatlichen Jugendpflege berichtet. Es besteht ein am 4. März 1909 von dem damaligen Oberpräsidenten von Trott zu Solz begründeter „Hauptauschuß“ zur Förderung von Leibesübungen, dem Staatsbehörden, Kommunalbehörden, Berufsvertretungen, Vereine und Privatpersonen angehören. Dieser „Hauptauschuß“ ist der Träger der nationalen Jugendpflege in Berlin, seine Zusammensetzung ist in seinen Hauptzügen teils behördlich, teils konfessionell und nach jeder Richtung reaktionär. Seine Hauptaufgabe scheint dieser Hauptauschuß weit mehr in der Verminderung wie in der körperlichen Erstärkung der Arbeiterjugend zu sehen. Dieser Umstand gab auch wohl mit Anstoß zur Gründung des „Zugdeutschlandbundes“, von dem in der „Gleichheit“ Nr. 9 ausführlich berichtet worden ist.

Die Fortbildungsschulvereine in Berlin befinden sich erst im Anfang ihrer Entwicklung. Die Stadt Berlin hat für Jugendpflegeeinrichtungen im Anschluß an die Fortbildungsschulen 12 000 Mk. bewilligt und stellt

außerdem die Aulen und Turnhallen einschließlich der Entschädigung der Schuldiener unentgeltlich zur Verfügung, auch spendete sie bereits zweimal 3000 Mk. für die Jugendclubs. Zurzeit bestehen in Berlin 110 Jugendclubs mit 4000 Mitgliedern. Ihnen gehören meist Schüler des letzten Jahrganges an, die auch nach dem Schulaustritt noch Mitglied bleiben. Über die Zahl der Mitglieder in den Fortbildungsschulvereinen schweigt sich die Denkschrift aus.

Auch das erwähnt sie selbstverständlich mit keinem Wort, auf welche Art die Jugendlichen für diese Schulvereine gewonnen werden. Hierüber haben nun die Jugendlichen selber uns recht beachtenswerte Mitteilungen gemacht: In vielen Fortbildungsschulen treiben die Lehrer während der Unterrichtsstunden Propaganda für die Fortbildungsschulvereine. Um die verlorene Zeit wieder einzuholen, werden die ohnedies sehr ermüdeten jungen Leute nachher geheßt, um mit der Arbeit fertig zu werden. Wer dem Verein nicht beitreten will, muß Gründe angeben, und nicht selten sind Schüler von dem Lehrer mit schlechtem Abgangszeugnis bedroht worden, wenn sie sich dauernd weigerten, dem Verein beizutreten. Unterrichtsstunden werden auch benutzt, um Artikel aus dem sehr minderwertigen „Feierabend“ (herausgegeben vom Deutschen Verein für Fortbildungsschulwesen) vorzulesen oder zu besprechen. Das Abonnement für dieses Blatt wird den Fortbildungsschülern häufig geradezu aufgezwungen, oder sie erhalten es einige Zeit unentgeltlich, um sie zum Abonnement zu bewegen.

Diesen Versuchen, ihre Kinder für die bürgerlichen Vereine zu gewinnen, schenken viele Arbeitereltern, auch Parteigenossen, bedauerlicherweise recht wenig Aufmerksamkeit. Wenn man bedenkt, daß im Winterhalbjahr 1910/11 nicht weniger als 58 067 Schüler und 10 274 Schülerinnen die verschiedenen Fortbildungsschulen in Berlin besuchten, fast alles Nachwuchs der Berliner Arbeiterschaft, so müßte die Zahl der Abonnenten der „Arbeiterjugend“ weit größer und die Veranstaltungen für die freie Jugendbewegung müßten viel besser besetzt sein, als es zurzeit der Fall ist. Die Zahl der Abonnenten auf die „Arbeiterjugend“ in Groß-Berlin beträgt heute 11 000.

Die Arbeiterjugend braucht, wenn sie siegreich den auf sie einstürmenden Gewalten widerstehen soll, die Unterstützung ihrer Klasse, der erwachsenen organisierten Proletarier. Ihre Zahl wächst von Stunde zu Stunde. Aber auch der Nachthunger der herrschenden Klassen wächst, und immer schärfer werden die Mittel, die sie zur Befriedigung ihres Nachthungers, zur Erhaltung ihrer bedrohten Gewalt wählen. Die Denkschrift beweist, daß die Herrschenden mit allen Mitteln um die Arbeiterjugend kämpfen, doch auch aus diesem ungleichen Kampfe wird das Proletariat als Sieger hervorgehen, wenn es sich um seinen Nachwuchs kümmert und ihn zu einer Jungmannschaft für seine hehren Ideale erzieht. M. W.

Hausagitation.

Eine Reihe von Zuschriften sind an das Frauenbureau gekommen, die anknüpfen an den Artikel: „Unsere Aufgaben nach der Wahl.“ Die Zuschriften erbaten meistens Auskunft über die „beste Methode“ für die Hausagitation. Wir nehmen deshalb hierzu nochmals das Wort.

Es läßt sich natürlich bei der Hausagitation keine allgemeingültige Schablone zur Anwendung bringen, jedoch möchten wir einiges aus den bisher gemachten Erfahrungen unterstreichen. Am wirksamsten hat sich bisher unseres Wissens folgende Methode erwiesen: Es wird eine öffentliche Frauenversammlung einberufen, zu der man ein Flugblatt verbreitet, das sich speziell an die Frauen wendet. In dieser Versammlung wird zum Schluß eindringlich auf die Notwendigkeit der politischen Organisation hingewiesen, und es erfolgt möglichst sofort die Aufnahme neuer Mitglieder in die Partei. Im Anschluß an diese Versam-

lung, tunlichst in den nächsten Tagen danach, wird die Hausagitation vorgenommen.

Die Genossinnen, die in ihrem Wohnort eine Hausagitation planen, sollten sich mit dem Vorstand des sozialdemokratischen Ortsvereins über die Agitation und über den geeigneten Zeitpunkt dazu verständigen. Sie müßten auch veranlassen, daß möglichst einer ständigen Kommission diese Arbeit überwiesen wird. Wie bei allen Arbeiten, so kommt auch bei der Hausagitation die Geschicklichkeit mit der Übung. Die erzielten Erfolge spornen zudem zu neuer Arbeit an. Ist die Kommission gewählt, so gilt es, unter die einzelnen Mitglieder die Straßen zu verteilen, in denen gearbeitet werden soll. Zunächst wird nun die gedruckte Aufforderung zum Eintritt in die Partei von Haus zu Haus verbreitet oder statt dieser ein kleines Flugblatt, das zu diesem Zwecke geschrieben worden ist, oder die kleine Broschüre, die das Frauenbureau herausgegeben hat, und die den Titel trägt: „Bist du eine der Unserigen?“ Dieses Schriftchen ist in der Vorwärtsbuchhandlung Berlin für 15 Mk. pro Tausend erhältlich. Wie uns von mehreren Orten bereits mitgeteilt wurde, eignet es sich sehr gut zur Hausagitation. Es hat vor einem Flugblatt den Vorteil voraus, daß es nicht achtlos beiseite geworfen, sondern aufgehoben und öfter wieder gelesen wird. Ist die Verbreitung des ersten Hinweises auf die Organisation erfolgt, so läßt man einen oder zwei Tage verstreichen. Sierauf beginnt die Anfrage von Haus zu Haus, von Wohnung zu Wohnung, ob die Frauen unserer mächtvollen und bewährten Kampforganisation, der sozialdemokratischen Partei, beitreten wollen. Dabei muß es der Geschicklichkeit der einzelnen Genossin überlassen bleiben, ob und wie sie etwaige Einwände gegen den Anschluß an die Sozialdemokratie entkräftet und die Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes aller Ausgebeuteten und Entrechteten nachweist. Erklären die Frauen ihre Bereitwilligkeit zum Eintritt in die Partei, so heißt es sorgfältig Namen, Adresse, Geburtsort, -tag und -jahr notieren und Eintrittsgeld und Monatsbeitrag in Empfang nehmen, wofür den Neugewonnenen später Mitgliedsbuch mit Marke ausgehändigt wird. Es empfiehlt sich, den aufgenommenen Frauen zu sagen, wann und wo der Lesabend oder der nächste Jahlabend der Partei stattfindet. Man sollte aber noch ein weiteres tun und die Neugewonnenen zunächst zu einer Sondernbesprechung einladen, um ihnen die Notwendigkeit der Mitarbeit in der Partei klarzumachen und ihnen die hohe Freude, die innere Befriedigung zu schildern, die treue Arbeit im Dienste der Organisation gewährt. Dabei können die Genossinnen an ihre eigene Arbeit der Hausagitation anknüpfen, sie können schildern, wie ihnen die Freude über die Gewinnung neuer Mitkämpferinnen der kostlichsten Lohn für ihre Mühe bedeutet.

Soll eine Hausagitation zur Gewinnung von Abonnenten der „Gleichheit“ entfaltet werden, so ist ebenso zu verfahren. Nur daß an Stelle der Broschüre oder des Flugblatts Probenummern der „Gleichheit“ verteilt werden, die der Verlag auf Wunsch gratis liefert, und ihnen Abonnementsanmeldungen beilegt.

Es sei bemerkt, daß dort, wo aus irgendwelchen Gründen keine öffentliche Frauenversammlung der Hausagitation vorhergehen kann, es schließlich auch ohne sie geht. Versammlungen und die durch sie erzeugte Begeisterung für unsere Bestrebungen erleichtern jedoch die Hausagitation und machen sie erfolgreicher. Besonders wenn es sich um die Gewinnung von Hausfrauen handelt, trifft das Gesagte zu; denn durch die Versammlung sind diese aus ihrer Vereinzelung bereits herausgerissen worden, jede einzelne hat gesehen, wie viele Frauen außer ihr sich bereits an der Bewegung beteiligen. Diese Erkenntnis stärkt den Mut und die Entschlußkraft und läßt leichter den Schritt zur Organisation und zum Abonnement der „Gleichheit“ tun.

Daß die nahenden Frühlingsmonate zur umfassenden Agitation, besonders auch zur Hausagitation benutzt werden, möchten wir nochmals als dringend notwendig betonen. Alle die Frauenmassen, die durch die Wahlbewegung aufgerüttelt worden sind, müssen wir organisatorisch und geistig erfassen, so verlangt es das Interesse der Arbeiterklasse. Bemerkte sei noch, daß vor wenigen Tagen ein Flugblatt an die Bezirke versandt worden ist, das sich an „die Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse“ wendet und die Agitation unserer Genossinnen erleichtern soll. Eine lebhaftige Agitation, die wir jetzt unter den uns noch Fernstehenden entfalten, wird, abgesehen von anderem, auch eine wirksame Vorarbeit für das Gelingen unseres „Frauentags“ sein. Luise Bieh.

Die Kinder von Lawrence.

Ein klarer kalter Nachmittag im Februar. Fahler Winterjonnenschein glänzt über den Straßen der Weltstadt New York, durch die das rastlose Leben flutet. Die vierte Avenue entlang rollen die elektrischen Tramways, rasseln die Wagen, wälzen sich Ströme von Menschen dahin, jeder in seinen eigenen Interessenskreis versunken, jeder dem eigenen Geschäft nachjagend oder dem eigenen Vergnügen, mit jener eigentümlichen, nervösen Hast, die den amerikanischen Großstädter charakterisiert.

Da plötzlich dringen durch den eintönigen Lärm hell und klar die Klänge der Marseillaise. Die Vorübergehenden horchen auf. Dieser und jener bleibt stehen und wartet am Rande des Trottoirs auf den sich ankündigenden Zug. Mit festen Schritten, lustig blasend, kommt die Musikkapelle die Straße entlang. Sei, wie schmettern die Trompeten und Posaunen das internationale Lied der Rebellion!

Doch Welch seltsame Schar folgt den fröhlichen Musikanten?! Das sind keine Männer, die zu einer politischen Versammlung marschieren. Das sind keine Frauen, die für das gleiche Wahlrecht demonstrieren. Kinder sind es, an die 200 kleine, magere, zerlumpte Kinder! Ist dies ein neuer Kreuzzug? Spuckt das graue Mittelalter im Dichte des zwanzigsten Jahrhunderts in den Straßen New Yorks? — Ja, es ist ein neuer Kinderkreuzzug, aber nicht religiöse Schwärmerei hat ihn gebildet, und das Heilige Grab ist nicht sein Ziel. Hunger und Elend, Armut und Not haben ihn zusammengetrieben, und sein Ziel sind fremde Heimstätten für die heimatlosen Kinder des Proletariats. Und wo sind diese Heimstätten? Bei den Roten, den „Umstürzern“, den einzigen in diesem christlichen Lande, die zu den kämpfenden, darbenenden Brüdern und Schwestern treten und zu ihnen sprechen, wie einst Jesus von Nazareth sprach: Lasset die Kindlein zu uns kommen!

Staunend, voll Verwunderung über das Neue, Fremdartige des Schauspiels, manche kopfschüttelnd und voll Unwillen, andere von aufwallendem Mitleid erfüllt, so sehen die Passanten den Zug der Kinder von Lawrence vorüberziehen. Die Kinder selbst schreiten furchtlos und vertrauensvoll einher, im vollen Bewußtsein der Rolle, die sie in dem Kampfe ihrer Väter und Mütter spielen. Stolz tragen sie auf der Brust das rote Abzeichen und die Aufschriften: „Wir sind die Kinder der Streiker.“ „Seid keine Streikbrecher!“ „Selbst den Streikern von Lawrence!“ Die meisten sind blaß und schwächlich, nur dürrtätig gekleidet, Haut und Haare sichtlich vernachlässigt; aber auf den Bügen der älteren liegt eine Entschlossenheit, ein Kampfesmut, die Wochen der Not und der verzweifeltsten Kämpfe dort unausslöschlich eingegraben haben. Viele halten sich an den Händen und singen in verschiedenen Sprachen die Worte der Marseillaise. Nur die ganz kleinen Kinder scheinen müde und unzufrieden; hier und da rollt eine leicht zu trocknende Kinderträne über ein schmutziges Gesichtchen, und manche werden auf den Armen der Frauen getragen, die mit im Zuge marschieren, um die Kinder zu hüten und zu bewachen.

Jetzt haben die Kinder den Union Square erreicht, wo sie von lauten Jubelrufen und wehenden Fahnen begrüßt werden. Hier findet unter freiem Himmel eine Sympathieverammlung statt, um die Lage der Streiker zu schildern, ihre Forderungen zu erklären und Geld zu ihrer Unterstützung zu sammeln. Auf einer Tribüne stehen Männer und Frauen, die den Kampf in Lawrence selber mitgekämpft haben, sie halten zündende Ansprachen an die versammelte Menge. Aber mächtiger als die leidenschaftlichen Worte der Redner erhebt der Zug der Kinder, der ernst und wortlos vorüberzieht, eine stumme und doch so beredete Anklage gegen die heutige Gesellschaft; er ist ein lebendes Menetekel für das kapitalistische System.

Bald ist der Zug in eine Seitenstraße eingebogen, und nun verschwindet die ganze Schar hinter den breiten Flügeldecken eines Lokals, wohin ihnen die Menge nicht folgen darf. Darinnen erwartet sie ein Frauenkomitee der sozialistischen Partei und eine reich gedeckte Tafel. Und plötzlich ist alles anders, ganz anders. Kein Fahnenwehen und kein Gurrufen mehr; keine begeisternden Klänge der Marseillaise und kein Kampfesmut in den Augen der Kleinen selber. Hier ist nur noch ein Heer von müden, hungrigen, verwahrlosten Kindern, deren Herzen nach Mutterliebe schreien. Aber die Mutterliebe ist da. Nicht die der eigenen Mütter, die für Hungerlöhne in den Webereien von Lawrence arbeiteten, bis eine Kürzung des fargen Lohnes sie in den Streik trieb, und die kämpften und darboten, bis der Hunger sie zwang, die Kinder von sich zu geben. Fremde Frauen sind es da, die die Kinder liebevoll empfangen, mit einer ganz neuen Art der Mutterliebe, die dem sozialistischen Bewußtsein und dem Verantwortlichkeitsgefühl entspringt. Mit schlichter, natürlicher Herzlichkeit begegnen diese Mütter, meist Arbeiterfrauen, den kleinen Fremdlingen. Die eine beeilt sich, den schmutzigsten Gesichtern und Händen zu waschen; die andere entledigt die ganz Kleinen ihrer Mützen und Mäntel; diese trocknet einem Weinenden die Tränen und redet ihm liebevoll zu, und jene hat eine Gruppe noch Munterer um sich versammelt und plaudert und lacht mit ihnen. Und dann geht's zum Mahl. An langen Tischen nehmen die Kinder Platz; je nach ihrer nationalen Zugehörigkeit zusammengruppiert, denn vielsprachig, wie dieses ganze Land, sind auch die Kinder von Lawrence. Hier sind Franzosen, Italiener und Deutsche, Russen und Polen, Griechen und Rumänen; hier sind Katholiken und Protestanten und Juden, fromm und ungläubig Erzogene. Ehe der Streik begann, haben sich diese Kinder, wie ihre Eltern, fremd, ja sogar oft feindlich gegenübergestanden. Aber der gemeinsame Kampf hat die Schranken zwischen ihnen niedergedrückt und ein Band geknüpft, das stärker ist als gemeinsame Sprache und Religion, das Band der Klassengemeinschaft. Die Kinder werden reichlich mit Speise und Trank versorgt. Arbeiterorganisationen und einzelne Personen haben das Mahl besorgt, und der Wirt des Lokals hat Obst und Süßigkeiten gespendet. Heißhungrig schon mit wenigem gesättigt, und viele, die den guten Sachen nicht widerstehen können, klagen gleich darauf über Magenbeschwerden, so daß man einen Arzt rufen muß. Einige Kinder übergeben sich. Die an chronisches Hungern gewöhnten Magen können gute und reichliche Kost nicht ertragen.

Nach Beendigung des Mahles wurden die Kinder in einen anderen Raum geführt, und nun beginnt die Zuweisung der Kinder an die Pflegeeltern, für das Komitee eine schwierige, verantwortliche Arbeit; der Augenblick der höchsten Spannung an diesem ereignisreichen Tage für die heimatlosen Kleinen. Manchen kommt es erst jetzt zum Bewußtsein, daß sie in der Fremde sind, und sie beginnen herzbrechend zu weinen. Es bedarf endloser Güte und milder, liebevoller Worte, um die so berechtigten Tränen zu trocknen. Viele hingegen, die selbständigeren Naturen, sind lustig und guter Dinge und gehen daran, sich selber ihre

Pflegeeltern auszusuchen. Ein Knabe legt seine Hand vertrauensvoll in die eines lebenswürdigen, alten Herrn und erklärt dem Komitee: „Ich möchte mit diesem Manne gehen.“ Ein kleines Mädchen, eine mutterlose Waise, schlingt die Arme um eine Frau, die sich bereits mit dem Kinde angefreundet hat, und bittet: „Sei du meine Mama!“ Das Komitee überwacht die Verteilung mit größter Gewissenhaftigkeit. Keiner erhält ein Kind, der dem Komitee nicht persönlich bekannt ist oder dessen Heim und Familie nicht vorher geprüft wurde. Kein Kind kann abhanden kommen oder in schlechte Hände geraten. Während ist es, wie Männer und Frauen — einzelne bürgerliche, aber meist Proletarier — sich zur Fürsorge für die Kinder drängen. Es sind viel mehr bereitwillige Pflegeeltern als Kinder vorhanden. „Gebt mir eines der Kleinen,“ schrieb ein armer russischer Jude vorher an das Komitee. „Meine eigene Familie fiel in Rußland der religiösen Verfolgung zum Opfer, aber dennoch nehmen wir ebenso gern ein christliches wie ein jüdisches Kind.“ Ein ungarischer Tischler schrieb: „Ich habe selber drei Kinder, aber meine Frau meint, wo drei satt werden, ist auch noch für ein viertes Raum; darum bitten wir, uns eines der Kinder zu überlassen.“ Eine deutsche Arbeiterfrau, die kinderlos ist, hat schon eine ganze Woche vor Ankunft der Kinder Kleider und Unterwäsche für das kleine Mädchen genäht, das man ihr versprochen hatte.

Einige Stunden nach ihrer Ankunft in New York sind die Kinder von Lawrence sämtlich im neuen Heim untergebracht. Jedes Heim ist besser als das, aus dem die Kinder der Streiker kommen. Die Mütter und Väter, die sich der Kinder annahmen, setzen ihren Stolz darin, diesen das Leben so behaglich wie möglich zu gestalten. Schon nach wenigen Tagen sind viele der vernachlässigt aussehenden Knaben und Mädchen kaum wiederzuerkennen. Sie sind gebadet und ordentlich gekämmt. Sie haben reine, neue Kleider und gehen zur Schule. An Stelle der Not und Entbehrung der verflochtenen Wochen tritt für alle Ordnung und Behaglichkeit. Viele kosten zum ersten Male die Freuden einer sorglosen Kindheit. Einige haben in wohlhabenden Familien Unterkunft gefunden, und diesen dämmert eine neue Welt, eine Märchenwelt auf.

Welches sind die Wirkungen der Fürsorge für die Kinder, dieses in Amerika neuen Mittels im Klassenkampf, das auch schon in Frankreich und Italien zur Anwendung gekommen ist? Die kapitalistische Presse erhebt ein Wutgeheul. Pfaffen wettern von der Kanzel gegen die Sozialisten, die Heim und Familie zerstören. Dem Streik in Lawrence wurde ein neuer, mächtiger Ansporn gegeben, und reichlicher als zuvor flossen den Arbeitern die Mittel zur Fortsetzung ihres Kampfes zu. Die Männer und Frauen in unseren eigenen Reihen haben mit ihrem Vorgehen ein herrliches Beispiel der Solidarität, der freien Eingabe und Opferfreudigkeit gegeben. Wie aber wird das Erlebnis auf die Kinder selber wirken? Es erheben sich Bedenken über diese Frage selbst unter denen, die für das neue proletarische Kampfmittel Sympathien hatten. Werden die Kinder nicht den eigenen Eltern entfremdet werden? Wird es nicht trostlos für sie sein, aus sorgloser, freudiger Umgebung wieder in die Not des eigenen Heims zurückzuführen? Solche Bedenken sind nicht ganz unberechtigt, aber die Frage hat noch eine andere Seite. Daß diese armen Kinder einmal eine Zeitlang gut genährt und gepflegt werden, daß sie die Sonnenseite des Lebens kennen lernen, kann nur günstig auf Körper und Seelen wirken. Wenn aber der Vergleich zwischen den günstigeren Verhältnissen der anderen und ihrer eigenen Notlage sie zum Nachdenken veranlaßt und wenn dieses Nachdenken den Geist der Rebellion in ihnen entfacht — nun, um so besser! Sie sollen ja Rebellen gegen die kapitalistische Ordnung werden.

Meta L. Stern, New York.

Mädchenhandel.

Was vom sozialdemokratischen Standpunkt aus zu dem neuerdings wieder aktuell gewordenen schmachtvollen Kapitel des Mädchenhandels zu sagen ist, das ist in prägnanter und konzentrierter Form in Nr. 12 der „Gleichheit“ zusammengefaßt worden. Hierzu sollen die folgenden Ausführungen einige Illustrationen liefern. Besitzt doch die proletarische Frauenbewegung in dem immer wiederholten Hinweis auf Prostitution und Mädchenhandel als graufigen Schandmalen unserer Zeit und gesetzmäßigen Erscheinungen der bürgerlichen Ordnung eine scharfe Waffe im Kampfe gegen den Kapitalismus. Prostitution und Mädchenhandel sind nur die letzten und verruchtesten Konsequenzen eines Wirtschaftssystems, das auf der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beruht.

In der Sprache der Juristen charakterisiert sich der Mädchenhandel als gewerbsmäßiges Anwerben und Verhandeln von weiblichen Personen zu unzüchtigen Zwecken. Bis vor drei Jahrzehnten etwa kümmerte sich in der Öffentlichkeit niemand um die Scheußlichkeiten, die auf geschlechtlichem Gebiet im stillen mit größter Ungeniertheit vor sich gingen. Erst die grauerregenden Mitteilungen der englischen „Ball Mall Gazette“ über den „Jungfrauentribut im modernen Babylon“ alarmierten die Welt. Hier wurde die Existenz eines riesenhaften Handels nachgewiesen, der Jungfrauen und Kinder in die Bordelle lieferte, als Opfer einer Lebewelt, die, von allen Genüssen überfüllt, von der Entjungferungsmanie besessen war. Bis auf den Kontinent dehnte dieser Mädchenhandel der Engländer sich aus. Unmagnum gewann man immer mehr sichere Anzeichen dafür, daß ein internationaler Kauf und Verkauf von Frauenfleisch in großem Maßstab betrieben wird. Keines der sogenannten Kulturländer ist frei von diesem Verbrechen. Für den Import und Export wie für den Durchgangsverkehr kommen sie alle in Frage. Statistische Nachforschungen über die Nationalität der Opfer des Mädchenhandels haben ergeben, daß Galizien allein 40 Prozent liefert, Rußland 15, Italien 11, Österreich-Ungarn 10, Deutschland 8 bis 10, Frankreich 5, England 4, Spanien 4 und Argentinien 3 Prozent. Galizien mit seiner verhältnismäßig starken jüdischen Bevölkerung stellt nicht nur den höchsten Prozentsatz an Prostituierten, sondern auch das Hauptkontingent an Mädchenhändlern, eine Tatsache, die unsere deutschen Antisemiten mit Vorliebe anführen, um die Mindertwertigkeit und Gemeingefährlichkeit der jüdischen Rasse zu erweisen. Allein auch bei dieser Tatsache sind wirtschaftliche Mächte am Werke, die sowohl das Verbrechen selbst erzeugen wie auch ihm seine Opfer zutreiben. Auf der deutschnationalen Konferenz zur Bekämpfung des Mädchenhandels zu Frankfurt a. M. im Jahre 1902 führte Sanitätsrat Dr. Marekhi-Berlin aus, daß die Ursachen des galizischen Mädchenhandels in den sozialen Zuständen liegen. Von 800 000 Juden in Galizien führen drei Viertel ein Dasein, das noch weit hinter der Existenz der Stadt- und Landarmen Deutschlands zurückbleibt. Eine sechsköpfige Familie hat kaum einen Gulden für die Woche zum Leben. Zahllose Mädchen müssen sich mit einem Wochenlohn von 14 Kreuzern begnügen. Dazu ein Tiefstand der Kultur, eine geistige Armut, die wahrhaft erschreckend sind. Die Not gerade der Juden ist darum so groß, weil sich die Erwerbsverhältnisse durch feindselige Strömungen für sie besonders schwer und ungünstig gestalten. Ist es da ein Wunder, daß sich Desperados finden, die zu Verbrechern werden, weil ihnen die Gesellschaft alles schuldig geblieben ist? Als Glaubensgenossen erhalten sie bei den galizischen Juden leicht Eingang, als Glaubensgenossen traut man ihnen nichts Arges zu. In einer Bevölkerung, in der der Hungertyphus wütet, wird es den schmutzigen Gesellen nicht schwer, willfährige Opfer zu finden, die den glänzenden Versprechungen vertrauen und arglos in die Fremde gehen — meist nach Rußland und Argen-

tinien —, um den Eltern und Geschwistern daheim helfen zu können. Im fremden Lande, dessen Sprache sie nicht kennen, werden die Unglücklichen bald durch List, Drohung, Gewalt, durch Hunger und — im äußersten Falle — durch Betäubungsmittel gefügig gemacht und gehen nun, jeder Bestialität preisgegeben, gewöhnlich einem grauenhaften Schicksal entgegen, das in wenigen Jahren mit Siechtum und Tod zu enden pflegt. Eine bestechliche Polizei, eine laze Verfolgung begünstigen in sehr vielen Ländern den Handel mit Frauenleibern. Gefängnisstrafen von 3 bis 5 Tagen und Geldstrafen von 50 bis 100 Kronen — wie sie 1907 einer Budapester Mädchenhändlerbande zudiktiert wurden — werden natürlich nicht abschreckend wirken, wenn Riesenprofite winken. Die Preislisten des Mädchenhandels verzeichnen Summen von 500 bis zu 5000 Mk. für jedes „aufgetriebene Stück“, wie der übliche Fachausdruck lautet.

Zu 95 Prozent entstammen die Opfer des Mädchenhandels und der Prostitution den unteren Volksschichten. Jede wirtschaftliche Krise läßt ihre Zahl anschwellen. Das erweist das unmittelbare Interesse des Proletariats an dieser Frage. Jede seiner Töchter ist gefährdet, die in die Fremde gehen will, um so mehr, je jünger, schöner und weltfremder sie ist. In den Annoncen der Zeitungen, in gewissen Stellenvermittlungsbureaus auf Bahnhöfen und Landungsplätzen, sogar in Heimen und Hospizen lauert die Gefahr in verschiedenster Gestalt. Wo der Mädchenhändler nicht anders zu seinem Ziele kommen kann, schreckt er selbst vor einer Heirat mit seinem Opfer nicht zurück, wobei er sich gewöhnlich gefälschter Papiere bedient. Hat er ein Mädchen so erst einmal in seine Gewalt gebracht, dann ist es ihm ein Leichtes, es irgendwo im Ausland dem Bordell zu übergeben. Einer der berüchtigten Mädchenhändler namens Meyrowitz ist auf diese Weise schon dreifigmal verheiratet gewesen. Gewiß kommt es auch vor, daß Abenteuerlust und Leichtsinns Mädchen mit ungefestigten Charakteren „freiwillig“ das Gewerbe der Prostitution ergreifen lassen, aber wer möchte behaupten, daß sie die volle Tragweite ihres Entschlusses zu übersehen vermögen? Prostitution bedeutet für den weiblichen Teil in der Regel bürgerlichen Tod. Eine Rückkehr in ein geordnetes Leben ehrlicher Arbeit kann die Willkür der Polizei jederzeit vereiteln. Sie macht wenigstens in Deutschland durch ihre plumphen Nachforschungen, ob eine ehemalige Prostituierte wirklich einen „dauernden reellen Broterwerb“ hat, ihr die kaum gewonnene ehrliche Existenz meistens unmöglich und treibt sie von neuem der Schande zu.

Der Imperialismus hat die Nachfrage nach käuflichen Frauen ins Riesenhafte gesteigert und neue Absatzmöglichkeiten für den Mädchenhandel geschaffen. In den Parlamenten aller Länder markiert man — genau so wie neulich im deutschen Reichstag — tiefsten Abscheu gegen den Mädchenhandel und alles, was mit ihm zusammenhängt. Allein man duldet es nicht nur, sondern man beschönigt es auch, wenn bei den immer häufiger werdenden Kolonialkriegen eine offizielle Begünstigung von Mädchenhandel und Prostitution stattfindet. Im Jahre 1886 ordnete Lord Roberts, der Oberbefehlshaber der englischen Armee, an, daß man für die Truppen in Indien eine ausreichende Anzahl junger, schöner Mädchen beschaffen sollte, die nach einheitlichen Bestimmungen überwacht wurden. Einen neuen Aufschwung brachte der Burenkrieg für den Mädchenhandel. Wieder wurden für das englische Militär ungezählte Mädchen und Frauen von Großbritannien und anderen europäischen Ländern nach Kapstadt verhandelt. Das Kriegshandwerk verroht den ganzen Menschen. Der legale Massenmord entfesselt in den haltlosen jungen Männern neben einem wahnwitzigen Blutrausch vor allem die geschlechtliche Buzellofigkeit, das alles genährt und gesteigert durch die ständige Gefährdung der Existenz. Deutschland, das sich immer rühmt, an der Spitze der Zivilisation zu marschieren, steht in diesem Punkte hinter England durchaus nicht zurück. Zum Beweis dessen sei hier nur an den folgenden Tatbestand erinnert:

In dem Strafverfahren gegen den Genossen Kunert wegen Beleidigung von Mitgliedern des ostasiatischen Expeditionskorps, 1905, wurde auch bewiesen, daß in China unter deutschem Schutze, unter der schwarz-weiß-roten Flagge Bordelle als amtliche Institutionen etabliert worden waren. Es gab dort zwei Abteilungen, die eine für Offiziere, die andere für die Mannschaften. Aufschriften in verschiedenen Sprachen lauteten: Nur für deutsches Militär. Ein aufgestellter Wachtposten verstärkte den amtlichen Charakter der Bordelle, in denen Sanitätstruppen tätig waren. Wiederholt kam es hier zu schweren Ausschreitungen von Soldaten. Trotzdem die Bordelle unter deutschem Schutze standen und über ihnen das deutsche Banner wehte, wurden sie von deutschen Soldaten gestürmt, man plünderte die Kasse, mißhandelte, verwundete und vergewaltigte die Mädchen. Diese Tatsachen sind unter Eid vor Gericht bekundet und später im Reichstag in der 81. Sitzung am 31. März 1906 zur Sprache gebracht worden. Die Entrüstung der bürgerlichen Politiker im Parlament richtete sich aber nicht etwa gegen die vorgekommenen Roheiten oder gegen die Institution der Bordelle unter deutscher Flagge, sondern ausschließlich gegen den Sozialdemokraten, der jene für die Manneszucht unseres herrlichen Kriegsheeres so gravierenden Dinge vorgebracht hatte. Ja, ein Nationalliberaler, der Abgeordnete Held, brachte es sogar fertig, die deutsche Bordelleinrichtung in China „eine der weisesten sanitären Maßregeln“ zu nennen, „welche jemals von einer Behörde eingeführt wurde“. Zustimmung aus dem Hause unterbrach den Redner hierbei und als er meinte, daß bei Bordellmädchen von Vergewaltigung nicht gesprochen werden könne.

Wenn man sich dieser Tatsachen erinnert und dann die von sittlicher Entrüstung triefenden Reden liest, die von den Vertretern der Bourgeoisparteien im Reichstag neulich über den Mädchenhandel gehalten wurden, dann wird man von Ekel erfaßt über die Verlogenheit und Heuchelei, die den Sittlichkeitsbestrebungen unserer angefaulten Gesellschaft den charakteristischen Einschlag gibt. Unter der heutigen Gesellschaftsordnung, die sich mit der Prostitution als einem „notwendigen Übel“ längst abgefunden hat, ist ein ernstlicher Kampf gegen diese und den mit ihr verschwisterten Mädchenhandel niemals zu hoffen, denn der kapitalistische Sumpfboden muß diese riesigen Schmaroherpflanzen immer von neuem mit Notwendigkeit hervorbringen. Nur das sozialistische Proletariat, das mit dem Privateigentum an den Produktionsmitteln die Voraussetzungen der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen aufheben will, vermag diesen Kampf ehrlich und mit Erfolg durchzuführen. Indem es den Kapitalismus durch den Sozialismus ersetzt, beseitigt es die wirtschaftlichen Nötigungen, die den Mann in der heutigen Gesellschaft verantwortungslosen Geschlechtsgegnuß suchen und finden lassen. Aufhebung der Ausbeutung in jeder Gestalt, das bedeutet auch das Ende der Schmach des Mädchenhandels und der Prostitution. Mit diesem Ziele vor Augen gilt es aufklärend und werbend zu wirken, um den Sieg der Menschlichkeit über die Bestialität vorzubereiten.

M. Kt.

Aus der Bewegung.

Von der Agitation. Vom 16. bis 25. März hatte die Leitung des Wahlkreises Meiningen I eine Reihe öffentlicher Versammlungen zu dem Zweck veranstaltet, das Interesse der Frauen am öffentlichen Leben wachzuhalten, das sich bei der Reichstagswahl gezeigt hatte, und die Proletarierinnen über ihre Stellung im Wirtschaftsleben aufzuklären. Genossin Röhl-Reutöhl referierte über das Thema: „Die Frau im wirtschaftlichen Kampfe“. Sie hatte außerordentlich aufmerksame Zuhörerinnen und Zuhörer, die mit ihrem Beifall nicht spargten. In allen Versammlungen wurden Mitglieder in die Partei aufgenommen. Darunter befanden sich in Klein-Allendorf 16, in Meiningen 14, in Schwallungen 4 Frauen, und die Vereine in Steinbach und Gumpelstadt gewannen gleichfalls mehrere weibliche Mitglieder. In Wildprechtroda, wo noch keine Partei-

organisation bestand, wurde nach dem Schlusse der Versammlung eine solche gegründet. Kurz, die Tour hat agitatorische und organisatorische Erfolge gebracht und die Hoffnung gestärkt, daß sich dem ersten Hundert der im Kreise organisierten Frauen bald das zweite anschließen wird.

Im zweiten weimarschen Wahlkreis Eisenach-Deimbach sprach Genossin Wartenberg-Altona im März in zehn Versammlungen über „Mutter- und Säuglingschutz und die Reichsversicherungsgesetzgebung“. Sie ergänzte ihre Ausführungen durch Lichtbilder. Näher auf den Vortrag einzugehen, erübrigt sich, da dies in der vorigen Nummer der „Gleichheit“ in einem Bericht über die Versammlungen geschehen ist, die Genossin Wartenberg während des Reichstagswahlkampfes im Kreise Gotha abgehalten hat. Die Versammlung in Eisenach war von über 900 Frauen und Mädchen besucht, die, von den Worten der Referentin gefesselt, dem dreistündigen, anregenden und leicht faßlichen Vortrag mit großer Aufmerksamkeit lauschten. Wie lehrreich das Referat war, kam nicht nur in dem lebhaften Beifall zum Ausdruck, der überall gesendet wurde, sondern auch in der erfreulichen Tatsache, daß in den zehn Versammlungen neue Mitglieder für die politische Organisation gewonnen worden sind. Kuntnagel.

Fortschritte der proletarischen Frauenbewegung in Bremerhaven, Lehre und Geestmünde, den drei Unterweserorten, sind zu melden. Noch ist es nicht lange her, da hatte hier die „Gleichheit“ sage und schreibe 13 Abonnenten. Darauf übernahmen die Genossinnen die Kolportage des Blattes in eigene Regie und veranstalteten eine Hausagitation. Diese brachte uns über 600 Leserinnen. Ein schöner Beweis dafür, daß die Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen überall nach Aufklärung dürsten, man muß sie ihnen nur nahe bringen. Vor den Reichstagswahlen sprach Genossin Jensen in zwei Mitglieder-versammlungen des sozialdemokratischen Vereins in Bremerhaven und Wulsdorf. In dem letztgenannten Orte wurden 24 Abonnenten für unser Organ gewonnen, und sogar in Schiffsdorferdam, einem kleinen Orte mit 900 Einwohnern, fanden sich 12 Leserinnen. Eine geplante Hausagitation dort verspricht uns weiteren Erfolg, denn die für die Verbreitung der „Gleichheit“ tätigen Genossinnen sind eifrig am Werke. An der steigenden Verbreitung unseres Blattes haben wir einen sicheren Maßstab für das Erwachen und die vorwärtsschreitende Bildung der Frauen. Natürlich vernachlässigen die Genossinnen auch die anderen Aufgaben nicht, die ihnen als organisierten Sozialdemokratinnen zuallen. Beim Flugblattverbreiten fehlen sie nicht, sondern tun eifrig ihre Pflicht. Ganz besonders haben sie sich während des Wahlkampfes allen vorfindenden Arbeiten und Pflichten mit Begeisterung unterzogen. An den Versammlungen haben sich die Frauen in großer Zahl beteiligt, und als in hartnäckigem Kampfe der Bremer Wahlkreis zurückerobert worden war, jubelten die hiesigen Genossinnen mit ihren Arbeitsbrüdern zusammen. Sie dursteten sich des Sieges auch als einer Frucht ihrer Mithilfe freuen. Seit kurzem sind Lesende für die Genossinnen der drei Unterweserorte eingerichtet, die unter der vorzüglichen Leitung des Genossen Thienst, Redakteur der „Norddeutschen Volksstimme“, stehen und sich einer guten Beteiligung erfreuen. Ein Erfolg war auch unsere letzte Frauenversammlung, in der Genossin Bohm-Neufölln über „Sexuelle Aufklärung in der Kindererziehung“ referierte. Die Referentin zeigte in zu Herzen gehender Weise, wie in geschlechtlicher Hinsicht an der heutigen Jugend gesündigt wird. Sie ermahnte die Mütter eindringlich, ihre Kinder in einer zartfühlenden Weise aufzuklären, die ihrem Verständnis angepaßt sei. Die Referentin erntete reichen Beifall. Es muß rühmend hervorgehoben werden, daß in den Unterweserorten die Genossen unsere tätigen Genossinnen kräftig unterstützen. Mit ihrer Hilfe wird die sozialdemokratische Frauenbewegung des Bezirkes rasch an Boden gewinnen. Elise Jensen.

Von der proletarischen Frauenbewegung in Mainz-Nombach in den Jahren 1910 und 1911. Die Beteiligung von Frauen an der sozialdemokratischen Bewegung hat in Nombach schon im Jahre 1908 eingesetzt. In einer Versammlung, in der Genossin Fahrenwald referierte, traten damals der Partei 9 Frauen bei. Genossin Kardos wurde zur Vertrauensperson gewählt. Die fleißige Arbeit dieses kleinen Stammes und namentlich der Eifer der genannten Genossin erhöhte nach und nach die Zahl der Parteimitglieder auf 58. Die ungeheure Teuerung, die große Arbeitslosigkeit und sonstige Umstände erschwerten den Genossinnen das Arbeiten außerordentlich und ließen manche schon gewonnene Proletarierin wieder fahnenflüchtig werden. Immerhin ist es ihnen gelungen, in der Organisation 48 Genossinnen

zu halten, die treue und rührige Mitglieder sind. In den beiden Berichtsjahren fanden monatlich Versammlungen für die weiblichen Parteimitglieder statt; außerdem wurden auch eine Reihe öffentlicher Versammlungen abgehalten. Im Einverständnis mit dem Vorstand wurden Lesende für die Frauen eingerichtet, die an jedem Donnerstag stattfanden und immer gut besucht waren. Genossin Kardos leitete diese Abende, sie las den aufmerksamen Zuhörerinnen vor, die während dem recht fleißig nähten, strickten und flickten. Der geringe Verdienst des Mannes zwingt dazu, daß die Frauen den Tag über im Joche des Kapitalismus fronen, damit das Aller-Allernötigste für die Familie beschafft werden kann. Tagsüber bleibt ihnen keine Zeit, für die Kleidung und Wäsche ihrer Lieben zu sorgen, in den kurzen Abendstunden müssen sie das nachholen, so gut es geht. So brachten unsere Genossinnen in die Lesende stets ihre Arbeiten mit, denn zu lernen, während die Hände ruhen, dazu haben sie keine Zeit. Während die fleißigen Finger unablässig die Näh-, Stopf- und Stricknadel führten, lauschten die Ohren aufmerksam auf das, was vorgelesen wurde. Wieviel Mühe und Charakterkraft müssen die Proletarierinnen aufwenden, wenn sie sich etwas Wissen aneignen wollen. Und sie tun das freudig in der Überzeugung, daß Zeiten kommen, wo arme Mütter nicht mehr gezwungen sein werden, Reichtümer für andere zu schaffen, wo das Wissen nicht mehr ein Vorrecht weniger sein wird, sondern das Erbe aller. Daß diese Zeiten bald anbrechen, dazu muß jede proletarische Frau und jedes proletarische Mädchen durch ihr Wirken für die sozialdemokratische Partei beitragen. Damit auch andere Genossinnen zu Leiterinnen der Bewegung herangebildet werden, hat Genossin Kardos ihr Amt niedergelegt, das sie vier Jahre lang bekleidet hat. Sie wird aber selbstverständlich trotzdem für die gerechte Sache des Proletariats weiter arbeiten. An ihrer Stelle wurde als Vertrauensperson Genossin Gidinger gewählt, die schon längere Zeit für die Organisation tätig ist. Die Genossinnen hoffen, in diesem Jahre größere Fortschritte als seither zu erzielen. a. s.

Um die Parteigenossen und -genossinnen von Groß-Berlin über die Bedeutung der staatlichen Jugendpflege aufzuklären und ihre Aufmerksamkeit zugleich auf die Vorgänge in den Fortbildungsschulen zu lenken, fanden am 19. März in Berlin 23 Volksversammlungen statt mit dem Thema: „Die Bedeutung der Jugendbewegung für die Arbeiterschaft.“ In allen sehr gut besuchten Versammlungen gelangte nachstehende Resolution zur Annahme:

„Die am 19. März 1912 in 23 Volksversammlungen versammelten Männer und Frauen protestieren gegen die behördliche Bekämpfung der proletarischen Jugendbewegung. Sie beurteilen in gleicher Weise die im ‚vaterländischen Geiste‘ betriebene Jugendpflege des Staates, der Gemeinde und aller möglichen Wohltätigkeitsvereine, wie die polizeilichen Versuche, der freien Jugendbewegung Fesseln anzulegen.“

Die Versammelten geloben, in Haus und Werkstatt dahin zu wirken, daß die Arbeiterjugend sich allen Bestrebungen der bürgerlichen Jugendbewegung fernhält und mehr noch als bisher alle für die Arbeiterjugend getroffenen Veranstaltungen besucht und unterstützt.“

Diese Veranstaltungen sollten anderwärts Nachahmung finden. Die Feinde selbst machen die Arbeiterklasse darauf aufmerksam, wie wichtig die Erziehung ihrer Jugend im freiheitlichen Geiste ist. m. w.

Politische Rundschau.

Die Regierungen der Bundesstaaten haben sich über die Deckung der Wehrvorlagen geeinigt, verkündete die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ am 2. April. Nachdem die Regierungen der Einzelstaaten sich bekanntlich schon früher für die Aufhebung der Branntweinliebesgabe zur Deckung der neuen Ausgaben erklärt hatten, hat sich der Bundesrat nun auch über die Einzelheiten der Maßregel, über ihre Ausführung geeinigt und über — die Entschädigungen für die Branntweinbrenner. Denn ohne solche wird es schwerlich abgehen. Es ist inselbedessen auch hundert gegen eins zu wetten, daß die Summe, die das Reich aus dieser Maßregel ziehen wird, im Verhältnis zu den Kosten der Wehrvorlage sehr gering ist. Der nationalliberale Führer Wasser mann schätzt sie auf bloß 15 Millionen Mark jährlich. Unter diesen Umständen kann man leicht verstehen, daß verschiedenen Bundesregierungen gar nicht wohl ist bei dem Gedanken, als Deckung der Wehrvorlage dem Volke die winzige Ersparnis an Liebesgaben bieten zu sollen, die ihr, wie doch jeder sieht, noch

nicht einmal bis zum Nabel reicht. So haben denn die sächsischen und die braunschweigische Regierung bereits das Bedürfnis gefühlt, den Landtagen zu erklären, daß sie eigentlich lieber für die Erbschaftsteuer gewesen wären. Wonach also die Behauptung des Reichskanzlers in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, die Regierungen seien in der Ablehnung der Erbschaftsteuer ohne weiteres einig gewesen, eine kleine Korrektur der Wahrheit darstellt. Denn diese Einigkeit ist erst nachträglich erzwungen worden. Die Bedenken der sächsischen und braunschweigischen Regierung sind freilich sehr verständlich. Zwar soll das am 30. März beendete Etatsjahr eine Mehreinnahme von 220 Millionen Mark aufweisen. Doch darf man dabei nicht vergessen, daß davon noch Anleihen abgehen, daß bisher für die Schuldentilgung so gut wie nichts geschah, und daß diese Mehreinnahme ihre Entstehung lediglich der guten Wirtschaftslage sowie einigen besonderen Umständen verdankt, die so leicht nicht wiederkehren. So hatte die große Dürre des letzten Sommers die erhöhte Einfuhr verschiedener Waren und damit die Steigerung der Pölle im Gefolge gehabt. Wenn jene Regierungen die Erbschaftsteuer empfahlen, so hat sie der richtige Gedanke geleitet, daß man große Ausgaben, die sich auf längere Zeiträume verteilen und zu erheblichem Teil schließlich jährlich wiederkehrende dauernde Ausgaben werden, nicht auf mehr oder weniger zufällige Etatsüberschüsse aufbauen darf. Doch dem Reichskanzler lag gerade um so mehr daran, durch die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vertuschen zu lassen, daß solche Bedenken auch in Regierungskreisen aufsteigen sind.

Inzwischen sind unsere Patentpatrioten schon an der Arbeit, die Wehrvorlagen nach Kräften schlecht zu machen. Sie sind ihnen zu winzig, „nur ein Tropfen auf einen heißen Stein“; sie wollen nicht eine halbe, sondern womöglich eine ganze Million für die Werkzeuge des Menschenmordes verpulvert wissen. Der neugegründete Wehrverein, ein Gegenstück zum Flottenverein, bemüht sich, durch lautes Geschrei seine Daseinsberechtigung zu erweisen. Es scheint zwar, daß diese Hehe fürs erste noch keinen Einfluß auf die Gestaltung der Wehrvorlagen gewinnt. Sie bereitet indes weiteren Aufstößen den Boden vor, und die Reichsregierung wird sich des Wehrvereins bei Bedarf schon zu bedienen wissen. Vorläufig bedeutet seine Tätigkeit immerhin für den Reichskanzler eine Verlegenheit mehr. Und dieser hat deren bereits genug. Der Liberalismus allerdings macht ihm keine große Sorge. Er zeigt bei jeder möglichen Gelegenheit, daß er zwar bisweilen ein wenig klafft, aber niemals ernstlich beißt. In der Geschäftsordnungs-Kommission des Reichstags hat er, nachdem Bethmann Hollweg mit dem nationalliberalen Dr. Junk-Weipzig wohlwollend konferriert hatte, schleunigst dafür gesorgt, daß die Beschlüsse erster Lesung wieder verschlechtert wurden. Diese hatten nämlich dem Reichstag ein halbwegs wirksames Frage- und Antwortrecht gegeben. Dank der liberalen Feigheit darf nunmehr der Reichstag am Schlusse einer Interpellationsverhandlung nicht etwa der Regierung eine Mißbilligung aussprechen, sondern darf höchstens erklären, daß ihre Antwort seinen Anschauungen von der Sache nicht entspricht. Wo kämen wir auch hin, wenn die Vertretung des deutschen Volkes es wagen dürfte, dem vom Kaiser ernannten Reichskanzler seine Mißbilligung auszusprechen! Ebenso pudelfromm erwies sich der Liberalismus in der Frage der Ostmarkenzulagen für die Postbeamten. Es sind das Zulagen, die den Postbeamten in den polnischen Landesteilen gezahlt werden, um sie zu willigen Werkzeugen der Polenbekämpfung zu machen. Die Sozialdemokratie hat diese forumpierenden Zulagen stets bekämpft, der Fortschritt, der sich einst als Gegner aller Ausnahmemaßregeln gab, hat sie bewilligt. Daß die Nationalliberalen von Anfang an für sie eingetreten sind, versteht sich bei dem nationallistischen Charakter ihrer Partei von selbst. Aber der Liberalismus und die Junker mit ihren antimilitarischen Anhängern sind zusammen nicht mehr stark genug, die Ostmarkenzulagen durchzudrücken. Die Vereinigung von Liberalen und Konservativen, der Willoblock, der im vorigen Reichstag noch eine Mehrheit aufbringen konnte, wäre im jetzigen eine hoffnungslose Minderheit. Das Zentrum aber, das zur Mehrheit notwendig war, beliebte diesmal, um der Regierung wieder einmal seine Unentbehrlichkeit zu zeigen, die grundgesetzliche Partei zu spielen, und lehnte, wie immer schon, die Ostmarkenzulagen ab. So fielen sie in der zweiten Lesung des Postetats trotz der flehenförmlichen Bitten der Regierungsvertreter. Bethmann Hollweg selbst hatte es vorgezogen, diesem Kampfe fernzubleiben, was ihm hinterher in der nationallistischen Presse sehr verbacht wurde. Diese heulmeiert jetzt über den schwarzen Block, über die Annahmung des Zentrums, das der Regierung sein Joch auf-

legen wolle usw. Sehr heiter ist, daß die Junker den Vorwurf der Liberalen kaltblütig zurückgeben, dem Zentrum zu so großer Macht verholfen zu haben. Denn hätte der Liberalismus nicht die Konservativen so heftig bekämpft, so wären die Konservativen nicht so eng mit dem Zentrum zusammengegangen und hätten nicht verschiedene liberale Kandidaten gegen die Sozialdemokraten durchfallen lassen. Der Reichskanzler hat indes noch nicht alle Hoffnungen aufgegeben, das Zentrum bis zur dritten Lesung doch noch einzustimmen. Er weiß, daß es nicht unerbittlich ist, wenn ihm ein gangbarer Ausweg gezeigt wird, der ihm den Schein der Konsequenz läßt. Ein solcher Ausweg soll die Gewährung einer Zulage sein an die Postbeamten aller gemischtsprachigen Gebiete, also Nordschleswigs, Elsaß-Lothringens und der wendischen Lausitz. Denn damit würden nach Ansicht der Regierungspresse die Zulagen den Charakter eines Kampfmittels gegen die Polen verlieren und nur noch eine Vergütung für die schwierige Arbeit in doppelsprachigen Gebieten darstellen. Die Zentrumspresse hat zwar treffend darauf hingewiesen, daß die Zulagen zum Kampfmittel gegen alle fremden Nationalitäten im Reiche werden könnten, indes hat sie den Ausweg nicht rundweg abgewiesen. Das einzige Mittel, den Beamten die Summe auf einwandfreie Weise zu erhalten, wäre die Ausdehnung der Zulage auf alle Postbeamten im Reiche, wie es die Sozialdemokraten fordern. Aber das ist der Regierung natürlich eine zu große Ausgabe. Das Zentrum wird indes schon mit sich reden lassen. Hat es doch in Elsaß-Lothringen auch den Fonds der Geheimpolizei und den kaiserlichen Gnadenfonds, die es zunächst mit der Sozialdemokratie abgelehnt hatte, in der entscheidenden Abstimmung nach einem kleinen Abstrich am Polizeifonds doch noch bewilligt. Was die Regierung dafür hat zugezogen müssen, wird sich noch zeigen. Wenn das Zentrum seine Überzeugungen fallen läßt, so tut es das nur gegen einen guten Vorteil.

Mehr Sorge noch als die Ostmarkenzulagen macht indes dem Reichskanzler ein Vorstoß der bayerischen Zentrumsregierung. Diese versucht durch eine „milde Auslegung“, wofür ein Erlass des Ministerpräsidenten Anweisung gibt, das Jesuitengesetz zum größten Teil aufzuheben. Das hat alle evangelischen Zionwächter in Aufregung versetzt. Auch die Konservativen sind bestürzt, denn auf die Gefühle der evangelischen Pastoren, die ihnen eine unbezahlbare geistliche Gendarmarie sind, müssen die Junker doch einige Rücksicht nehmen. Die „Kreuzzeitung“ macht deshalb ein betrübtes Gesicht und windet sich in Nöten: sie muß den evangelischen Standpunkt wahren und will doch andererseits die wertvolle Verbindung mit dem Zentrum nicht gefährden. Die liberale Presse indes, die augenscheinlich nichts lernt, bläst mit kulturkämpferischen Reden fest ins Feuer. Bethmann Hollweg hat darauf in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ eifertig versichern lassen, daß er nach dem Rechten sehen, daß er prägen wird, ob sich der Hertlingsche Erlass mit dem Wortlaut des Gesetzes verträgt. Es scheint indes niemand zu glauben, daß dieser Kanzler mit dem Zentrum einen ernsthaften Gang wagen wird.

H. B.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Bereits während der kurzen Zeitspanne des Streiks im Ruhrrevier hatte die Justiz mit unerhörter Schnelligkeit und Schärfe die Interessen der Unternehmer verteidigt. Nach Abbruch des Kampfes vollendet sie nunmehr das Radewerk der bedrohten gewesenen kapitalistischen Gesellschaft an der ins Joch zurückgezwungenen Arbeiterschaft. Bis jetzt sollen schon etwa 1500 Anklagen gegen Streikführer bei den Strafkammern der Ruhrorte angemeldet sein. In den Akten ist immer die Antwort auf die Fragen unterstrichen, ob der Angeklagte am Streik beteiligt war und ob er organisiert ist. Für die Straf bemessung dürfte eigentlich die Beantwortung dieser Fragen gar nicht in Betracht kommen, und die Anklagebehörde hätte diese Frage gar nicht zu stellen, wenn wirklich das Gesetz über das Koalitionsrecht der Arbeiterschaft noch Geltung hätte. Bei unserer Klassenjustiz wird aber die Beantwortung der Fragen ihre Einwirkung auf die Höhe des Strafmaßes nicht verfehlen. Auch im übrigen ist die Handhabung der Streikjustiz im Ruhrgebiet nicht einwandfrei. Die Strafkammern belieben da ein abgekürztes Verfahren. Sie verkürzen die durch die Gerichtsverfassung vorgeschriebene achtstägige Frist vom Tage der Anklagestellung bis zur Festsetzung des Termins auf zwei und drei Tage. Wenn sie dies allerdings auch im Einverständnis mit den Angeklagten tun, so läßt das die Sache in keinem besseren Lichte erscheinen; denn die Arbeiterschaft hat

meist nur dürftige oder keinerlei Kenntnisse von den gesetzlichen Rechten des Angeklagten. Ohne daß den Angeklagten ein Verteidiger zur Seite steht und ohne eingehende Beweiserhebung werden daher die Urteile gefällt. Und selbst für Deutschland ungewöhnlich strenge Strafen werden wegen der geringfügigsten Streikbrecherbeleidigung verhängt. So wurde einer, der einem Streikbrecher nur die Worte zugerufen hatte: „Junge, Jungel!“ zu einer Woche Gefängnis verurteilt. — Das Vorgehen der Regierung, das Aufgebot von Justiz, Polizei und Militär zur Niedergewinnung der streikenden Bergarbeiter zeigt, daß die maßgebenden Kreise einen Bergarbeiterstreik wegen seiner Einwirkung auf das gesamte Wirtschaftsleben mehr als jeden anderen fürchten. Und sicher ist, daß in den kommenden großen Kämpfen der Arbeiterklasse, die die Entwicklung unseres wirtschaftlichen und politischen Lebens mit sich bringt, im rheinisch-westfälischen Industriegebiet entscheidende Schlachten geschlagen werden und daß dabei den Bergarbeitern eine Hauptrolle zufallen wird. Die Grubenflaven müssen sich daher besser rüsten. Diese Erkenntnis wird jetzt nach dem Streik unter den Bergarbeitern immer allgemeiner. Der Streikabbruch vollzog sich diesmal in viel geordneterer Weise als im Jahre 1905. In den Reihen der Niedergewinnungen herrscht keinerlei Mutlosigkeit; wie die Versammlungen am 31. März vielmehr zeigten, sind die Bergarbeiter daran, ihre Organisationen zu stärken, um für zukünftige Fälle gewappnet zu sein.

Auch in Nieder- und Oberschlesien mußte der Streik abgebrochen werden, beglichen im Deistergebiet. Im sächsischen Braunkohlenrevier stehen die Arbeiter nach dreiwöchiger Dauer des Streiks noch durchaus geschlossen im Kampfe, und sie haben Aussicht, ihre Forderungen durchzusetzen. Im nordböhmischen Braunkohlenrevier ist es inzwischen auch zu größeren Ausständen gekommen. Das Kampffeld kann sich noch bedeutend erweitern, wenn der Streik erst auf Mährisch-Osttau übergreift, wo es gleichfalls gärt. Ebenso wie bei uns, gehen auch dort die Behörden mit den schärfsten Mitteln gegen die Ausständigen vor: wegen der geringfügigsten Anlässe werden diese in Arrest genommen und darin gehalten. Die Streikbeteiligung ist eine allgemeine, so daß bei den Vermittlungsversuchen, die das Bergbezirksamt unternimmt, jedenfalls etwas für die Bergarbeiter herauskommt. — In England ist der Grundsatz eines Mindestlohns für den Kohlenbergbau zum Gesetz erhoben worden. Doch weigerte sich die Regierung, bestimmte Sätze für den Mindestlohn in das Gesetz aufzunehmen; solche festzusetzen bleibt vielmehr den einzelnen Distriktsämtern überlassen. Die Bergarbeitervertreter verworfen deshalb das Gesetz. Der englische Ministerpräsident machte den Vorschlag, die Arbeiter sollten wieder anfahren und die Regelung der Löhne durch die Distriktsämter abwarten. Die Bergarbeiterorganisation veranstaltete eine Abstimmung unter ihren Mitgliedern über die Frage, ob sie die Arbeit aufnehmen wollten, ehe die Distriktsämter die Löhne festgesetzt haben. Die Mehrheit der Abstimmenden entschied sich gegen die Wiederaufnahme der Arbeit. Doch erklärten die Führer, für die Fortsetzung des Streiks sei eine Zweidrittelmehrheit notwendig, und sie empfahlen den Arbeitern, wieder in die Gruben einzufahren. Daraufhin wurde der Streik abgebrochen.

Eine Lohnbewegung der Hamburger Hafnarbeiter ist im Anzug. Ähnlich wie die Bergarbeiterbewegungen spielen sich die Lohnkämpfe der Transportarbeiter in breiter Öffentlichkeit ab und sind ebenso wie diese dazu angetan, das Wirtschaftsleben in weitgehendem Maße zu berühren. Seit den großen Kämpfen im Jahre 1896/97 war es im Hamburger Hafen unter den Arbeitern ziemlich still. Nach der damaligen Niedergewinnung der Lohnflaven haben die Meeder es verstanden, durch Schikanen und Brutalitäten gegen agitatorisch tätige Arbeiter die Gewerkschaftsbewegung zunächst am Boden zu halten. Allerhand Wohlfahrtsvereinigungen sollten ein übriges tun, um die Ausgebeuteten nicht zum Bewußtsein ihrer Klassenlage kommen zu lassen. Doch die stille Arbeit der Gewerkschaftsorganisationen hat die Reihen der organisierten Hafnarbeiter inzwischen erheblich gestärkt. Sie verlangen jetzt eine Aufbesserung ihrer Löhne. Von 1895 bis 1908 sind die Löhne der Hafnarbeiter nicht annähernd in gleichem Maße gestiegen wie die Lebensmittelpreise. Während diese sich um annähernd 23 Prozent erhöhten, stieg der Lohn der Hafnarbeiter nur um etwas über 13 Prozent bis höchstens 20½ Prozent. Die Löhne bewegten sich zwischen 3 bis 4 Mk. pro Tag im Jahre 1895 und zwischen 3,40 und 4,80 Mk. im Jahre 1908. Dabei ist die Arbeitszeit völlig unregelmäßig. Sind doch 38, 48, ja 60stündige ununterbrochene Arbeitszeiten noch vielfach anzutreffen. Lediglich kapitalistische Profitwut und Kurzsichtigkeit

hindern die Durchführung eines vernünftigen Schichtwechsels und die Einführung ausreichender Schutzvorrichtungen. In den Jahren 1901 bis 1910 wurden nicht weniger als 24 250 Hafnarbeiter durch Unfall verletzt, und 418 verloren bei der Arbeit ihr Leben. Die Forderungen sind den Unternehmern bereits eingereicht. Es wird sich nun zeigen, ob die Hamburger Großkapitalisten es zum Kampfe kommen lassen wollen wegen der gesetzlichen Verbesserungen, die ihnen sehr wenig kosten. Im Hamburger Hafen sind etwa 20 000 Arbeiter beschäftigt.

Der Streik in der Singer-Nähmaschinenfabrik in Wittenberge mußte leider ohne Erfolg für die Arbeiter beendet werden. Das Einigungsamt des Gewerbegerichts, das sich um eine Verständigung bemühte, wurde von dem Firmeninhaber nicht anerkannt.

Köln a. Rh. ist für die Gärtnereiorganisation immer ein schwer zu bearbeitender Boden gewesen, so daß dort in früheren Jahren noch niemals eine ernsthafte Lohnbewegung eingeleitet werden konnte. Erst die letzten beiden Jahre brachten eine Änderung zum Besseren. Zu Beginn dieses Jahres verfügte der freigewerkschaftliche Verband über rund 100 Mitglieder, der christliche über 40. Jetzt kam ein Tarifvertrag zustande, der den Landschafts- und Handelsgärtnern eine Lohnaufbesserung von durchschnittlich 2 Mk. in der Woche bringt. Die Arbeitszeit wurde vom 1. März bis 31. Oktober auf 10½, sonst 10 Stunden wochentäglich festgesetzt. Die bisherige Arbeitszeit betrug noch 10½ bis 12 Stunden in Handelsgärtnereien, im Durchschnitt 11 Stunden. In der Arbeitszeitregelung und -verkürzung liegt der Haupterfolg des Vertragsabschlusses, da hiergegen die Gärtnereiuunternehmer den größten Widerstand leisteten. Eine Anzahl Firmen, die dem Unternehmerverband nicht angehören, werden noch durch Einzelkämpfe zur Anerkennung der Abmachungen gebracht werden müssen.

Das Vereinsgesetz wird gegen die Gewerkschaften in immer sonderbarer Weise angewendet. Die Behörden erklären vielfach die Ortsvereine als politische Vereine. Besonders in Bromberg geht die Polizei gegen die dortigen Ortsverwaltungen der Gewerkschaften scharf vor. Die Gewerkschaftsvorstände werden angehalten, innerhalb vierzehn Tagen die Satzungen ihrer Verbände und ein Verzeichnis der Vorstandsmitglieder einzureichen. Kommen die Vorstände dem Verlangen der Polizei nicht nach, so folgt die übliche Strafe. Die daraufhin angerufene Entscheidung der Gerichte fällt immer zuungunsten der klagenden Gewerkschaften aus. So wurde eine Zehnstelle des Maurerverbandes in Rothenburg a. d. Odra als politische Organisation erklärt. Dem Gericht genügte es, daß vom Bürgermeister als Zeugen bekundet wurde, die Gewerkschaften tagten in einem Lokal, in dem schon Volksversammlungen abgehalten wurden, und daß ein Maurer die Sozialdemokratie hatte hochleben lassen. Von der loyalen Handhabung des Reichsvereinsgesetzes, die den Gewerkschaften feierlich versprochen worden ist, merkt man bei dieser Praxis nichts. Sie hat nichts mit der Gesechlichkeit, um so mehr aber mit dem Klassencharakter des kapitalistischen Staates zu tun. #

Aus der Textilarbeiterbewegung. Die Besserung der Geschäftslage der Textilindustrie hat innerhalb der Arbeiterschaft zahlreiche Bewegungen ausgelöst. In einer ganzen Reihe von Städten sind die Arbeiter und Arbeiterinnen an ihre „Serren“ herangetreten und haben Aufbesserung der tief herabgedrückten Löhne gefordert. In der Gummibandfabrik Heymann in Fürth erlangten durch einmütiges Vorgehen 60 Arbeiter und 55 Arbeiterinnen eine Verkürzung der Arbeitszeit um eine Stunde in der Woche und die Arbeiterinnen noch besonders eine Erhöhung des Wochenlohnes um 50 Pf. bis 1 Mk. In der Seidenbandweberei Gebr. Kluge in Krefeld wurde auf einige Artikel, wie Wäscheband, Etiketten usw. eine zehnprozentige Lohnerhöhung zugestanden, was einer Verdiensterhöhung von 1 bis 2 Mk. in der Woche gleichkommt. Auch die Firma Georg Münch in Hof löste jetzt auf Drängen der Arbeiter ein früher gegebenes Versprechen ein, so daß etwa 300 Personen der wöchentliche Verdienst um 1,80 Mk. erhöht wurde. 72 Weber der Dresdener Gardinenweberei und Spigenmanufaktur erlangen sich eine Lohnerhöhung von 2 Mk. in der Woche. Auch die 1000 Arbeiter der Velvelfabrik Menger in Berlin waren der Meinung, die hohen Gewinne des Unternehmers und der glänzende Geschäftsgang rechtfertigten durchaus eine Aufbesserung ihrer schlechten Löhne; ihr Vorgehen hatte den Erfolg, daß sie heute 2,40 Mk. in der Woche mehr verdienen. In ähnlicher Weise haben in einer ganzen Anzahl weiterer Orte kleinere Lohnbewegungen stattgefunden. Einen sehr schönen Erfolg hatten die Färbereiarbeiter in Olsnitz i. B. Dort hat es das einmütige Zusammenhalten der Arbeiter

dem Verband ermöglicht, mit den sechs Firmen der Teppichbranche einen Tarifvertrag abzuschließen. Wichtig ist die bedeutendste Produktionsstätte des deutschen Teppichgewerbes. Durch den Tarifvertrag wurde für alle beschäftigten Färbereiarbeiter ein Mindestlohn vereinbart, und zwar für männliche Arbeiter über 20 Jahre, die 2 Jahre in einer Färberei beschäftigt sind, 3,25 M. im Tag; für andere männliche Arbeiter über 20 Jahre 3 M. im Tag; für männliche Arbeiter über 18 Jahre 2,80 M. im Tag; für männliche Arbeiter von 16 bis 17 Jahren 2,50 M. im Tag; noch jüngere Arbeiter erhalten 1,50 bis 2,20 M. Taglohn. Gleichzeitig wurden sämtliche Löhne um 6 Prozent aufgebessert. Wo höhere Löhne gezahlt wurden, als im Tarif vorgegeben sind, durften diese nicht gekürzt, sondern mußten gleichfalls um 6 Prozent erhöht werden. Überstunden und Sonntagsarbeit wird höher bewertet. Der Tarif ist als Nachtrag der Arbeitsordnung angefügt, und Sonderabmachungen mit einzelnen Arbeitern haben, wie ausdrücklich festgelegt worden ist, keine Gültigkeit. Der Tarif gilt bis zum 15. März 1914. h. j.

Aus dem Jahresbericht für 1911 des Deutschen Textilarbeiterverbandes entnehmen wir nachstehende interessante Einzelheiten: Lohnbewegungen und Streiks fanden 1911 insgesamt 259 statt, die sich auf 128 Orte mit 1046 Betrieben und 106 747 Beschäftigten verteilten. Von den Arbeitern wurden Forderungen an die Unternehmer gestellt: in 209 Fällen in 106 Orten in 963 Betrieben mit 88 399 Beschäftigten. Die Forderungen der Arbeiter fanden ihre Erledigung: a. ohne Arbeitseinstellung, durch erfolgreiche Unterhandlung mit den Unternehmern in 157 Fällen in 96 Orten in 490 Betrieben mit 56 310 Beschäftigten, b. ohne Arbeitseinstellung durch stillschweigendes Zugeständnis der Unternehmer in 16 Fällen in 14 Orten in 149 Betrieben mit 18 442 Beschäftigten, c. durch Zurückziehen der Forderungen, ohne daß es zur Arbeitseinstellung kam, in 6 Fällen in 4 Orten in 6 Betrieben mit 834 Beschäftigten, d. durch Streiks oder Aussperrungen in 30 Fällen in 25 Orten in 48 Betrieben mit 12 813 Beschäftigten.

Von den Unternehmern wurden Forderungen an die Arbeiter gestellt: in 50 Fällen in 30 Orten in 83 Betrieben mit 18 348 Beschäftigten. Die Forderungen der Unternehmer fanden ihre Erledigung: a. ohne Arbeitseinstellung durch erfolgreiche Unterhandlung in 27 Fällen, in 19 Orten in 27 Betrieben mit 4 795 Beschäftigten, b. durch Streiks oder Aussperrungen in 23 Fällen in 22 Orten in 56 Betrieben mit 13 553 Beschäftigten.

Bei den Bewegungen wurde erreicht:

	Arbeitszeitverkürzung		Lohn- erhöhungen		Sonstige Verbesserungen
	Personen	pro Woche Stunden	Personen	pro Woche Mark	
Lohnbewegungen z. Verbesserung	17271	86413	26182	24431	12573
Angriffstreiks	1360	2284	4054	3874	3463
Abwehrtreiks	—	—	170	85	720
Aussperrungen	—	—	—	—	1580
	18631	88697	30406	28390	18336

Bei den Bewegungen wurde abgewehrt:

	Arbeitszeitverlängerung		Lohn- reduzierung		Sonstige Ver- schlechterungen
	Personen	pro Woche Stunden	Personen	pro Woche Mark	
Lohnbewegungen z. Abwehrtreiks	213	1064	487	1147	795
Abwehrtreiks	16	40	124	545	455
Aussperrungen	120	720	—	—	24
	349	1824	611	1692	1214

An Tarifen wurden bei allen Bewegungen 16 für 3589 Personen abgeschlossen. Insgesamt wurden bei allen Bewegungen für 18 980 Personen 40 521 Stunden Arbeitszeitverkürzung pro Woche erreicht, gleich 2 026 050 Stunden pro Jahr, für 31 017 Personen 30 082 M. Lohnerhöhungen pro Woche, gleich 1 505 100 M. pro Jahr. Sonstige Verbesserungen oder abgewehrte Verschlechterungen wurden für 19 550 Personen durchgeführt. Für die Unterjüngung der statistisch erfaßten Bewegungen veranschlagte der

Verband insgesamt 345 846 M. Zu den „sonstigen Verbesserungen“ sind noch einige Worte zu sagen. Alle Bewegungen der Textilarbeiterschaft haben oft mancherlei Verbesserungen zur Folge, die in ihrem finanziellen Effekt nicht erfaßt werden können. Sie lassen sich für den einzelnen nicht ziffernmäßig nachweisen, trotzdem sie Erhöhungen der Wochenverdienste bedeuten. So kommt auch diesmal mehreren tausend Personen die bessere Bezahlung der Warte- und Putzzeit oder der Vorarbeiten zugute. Für mehrere tausend konnten bei schlechterem Material Zuschläge zu den geltenden Löhnen herausgeholt werden, bei früherem Arbeitschluß muß Vollbezahlung erfolgen. Bei der Kompliziertheit des Betriebs in der Textilindustrie darf gerade die bessere Bezahlung der Vorarbeiten, der Wartezeit, der Zuschläge bei geringwertigerem Material nicht unterschätzt werden. Für die Spinner war es notwendig, in mehreren Fällen die genaue Gewichtsbezeichnung der Garnablieferungsförbe zu verlangen, um dem Arbeiter die Entlohnung des tatsächlich gelieferten Quantum zu sichern. Eine Reihe anderer Verbesserungen, wie Abschaffung von Strafen, von Überzeitarbeit, Anerkennung der Organisation, periodische kollektive Lohnregelung, Lieferung von Arbeitskleidern, Freigabe des 1. Mai, Ferien usw. werden dazu beitragen, das Selbstbewußtsein der organisierten Textilarbeiter zu erhöhen.

Die Lohnbewegungen und Streiks zeigen zwar kein sprunghaftes, dafür aber ein sicheres und stetiges Erstarben der Organisation. Im Jahre 1910 führte der Verband insgesamt 210 Bewegungen, im Jahre 1911 jedoch 259. An der Geschäftsperiode gemessen, ist der Aufschwung noch offensichtlicher. In der Geschäftsperiode 1908/09 hatte der Verband insgesamt 236 Bewegungen zu führen, wovon 117 Abwehrebewegungen waren, also fast genau die Hälfte. In der Periode 1910/11 führte der Verband insgesamt 679 Bewegungen, 443 Bewegungen mehr als in der vorhergehenden Geschäftsperiode, davon waren nur 102, also nicht ganz der sechste Teil, Abwehrebewegungen. Der Druck flauen, ja schlechten Geschäftsganges fängt an zu weichen, der in den Jahren 1908/09, zum größten Teil auch noch 1910 auf den Textilarbeitern lastete. Die Arbeiter, die unter der Krise in weiten Bezirken Deutschlands den Machtgeflüsten der Textilbarone sich beugen mußten, erheben wieder das Haupt, mit frischem Mut gehen sie jetzt überall vor, um von der einsetzenden guten Konjunktur auch für sich etwas zu retten. Der Deutsche Textilarbeiterverband wird sie hierbei so tatkräftig unterstützen, wie nur irgend in seinen Kräften steht. Auch die Mitglieder ziffern läßt den wiederkehrenden Mut und das Vertrauen der Proletarier auf eigene Kraft erkennen. Am Jahreschluß 1909 zählte der Textilarbeiterverband 104 301 Mitglieder, am Jahreschluß 1910 aber 116 075, Ende 1911 schon 131 525 und gegenwärtig 136 000 Mitglieder. Die Textilarbeiter in allen Gauen Deutschlands müssen sich — Frauen wie Männer — alle ihrer Organisation, dem Deutschen Textilarbeiterverband, anschließen. Nur durch die Macht der Organisation können sie von der kommenden besseren Konjunktur profitieren und ihre wirtschaftliche Lage verbessern. k. sch.

Genossenschaftliche Rundschau.

Einen „Sächsischen Genossenschaftstag“ hat Mitte März der „Verband deutscher kaufmännischer Vereine“ in Chemnitz abgehalten. Auf dieser Tagung wurde unter anderem ein Vortrag über die Bedeutung der Einkaufsbewegung im Wirtschaftsleben gehalten, der erkennen läßt, daß auch kleingewerbliche Kreise infolge der wirtschaftlichen Entwicklung und der Übermacht des Großkapitals immer mehr den Wert genossenschaftlicher Einrichtungen erfassen. An die Spitze seiner Ausführungen stellte der Referent den Satz: Die genossenschaftliche Organisation im Wirtschaftsleben soll neben der materiellen Förderung der Interessen der einzelnen Mitglieder dem Fortschritt dienen. Weiter führte er aus: Wir wollen uns ebenfalls zusammenschließen, um durch eine starke Organisation nach allen Seiten wirken zu können. Die Einkaufsvereine sind bestrebt, durch gemeinschaftliche Einkäufe und Bezüge die Leistungsfähigkeit des einzelnen Mitglieds zu erhöhen. Wichtiger als diese Leistungsfähigkeit ist die Hebung und Förderung des Solidaritäts- und Kollegialitätsgefühls. Durch die Hebung dieses Gefühls wird zur Besserung der wirtschaftlichen Lage im ganzen beigetragen. . . . Viele Detailisten sind der Ansicht, daß das Ansehen sinkt, wenn sie einer Organisation angehören. Gerade das Gegenteil ist der Fall. Das Wort des einzelnen kann durch die Organisation das Wort Tausender werden. — Die wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter, die Konsumvereine, haben

gang ähnliche Grundsätze! Und wenn Kleinbürgerliche Wirtschaftsgruppen immer mehr zu der Einsicht kommen, daß es besser und richtiger für sie ist, sich die Bestrebungen der Konsumvereinsbewegung zu eigen und nutzbar zu machen, statt die wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter in fanatischer Weise zu bekämpfen, so wäre das nur zu begrüßen. So weit scheint die Einsicht in jenen Kreisen allerdings noch nicht zu reichen. Auch die Chemnitzer Tagung hat den genossenschaftlichen Gedanken nicht folgerichtig durchzuführen vermocht. Sie will die genossenschaftliche Organisation nur für den Einkauf, und der Referent ließ durchblicken, daß man die genossenschaftliche Eigenproduktion nicht einbezogen wissen will, denn — „durch eine derartige Umwandlung unseres Wirtschaftsverhältnisses kämen wir dahin, was die Sozialdemokratie anstrebt, nämlich, alles in eigene Regie zu nehmen“. Man merkt dem geschraubten Ausdruck an, daß den Herren die eigene Konsequenz ihrer Absichten einige Kopfschmerzen verursacht hat. Immerhin werden die Mittelständler in ihrem Kampfe gegen die Konsumvereine durch solche Konzessionen doch einigermaßen entlastet. Und in dieser Beziehung ist der Chemnitzer „Sächsischer Genossenschaftstag“ nicht ohne allgemeine Bedeutung.

Die „Rheinisch-westfälische Holzindustrie“ in Warmen ist eine der wenigen Produktivgenossenschaften der Arbeiter, die sich gut entwickeln, ohne dabei ihren ursprünglichen Charakter zu verlieren. Sie besteht jetzt im sechsten Jahre und ist hervorgegangen aus der Schreinerproduktivgenossenschaft, deren Gründung im Zusammenhang mit einer Lohnbewegung stand. Mit zwei Gesellen wurde 1906 angefangen, und 85 waren es Ende 1911. Gegenwärtig führt das Unternehmen ein modernes Fabrikgebäude in Dortmund aus, wobei 200 Genossen Beschäftigung finden sollen. Hier wie überall in solchen Fällen war freilich die Voraussetzung des Gedeihens, daß von vornherein eine gewisse Absatzmöglichkeit gesichert ist dadurch, daß Konsumvereine und Gewerkschaften hinter dem Unternehmen stehen. So befinden sich von den 230 ausgegebenen Geschäftsanteilen allein 200 im Besitz der rheinisch-westfälischen Konsumvereine, und Käufer der Produkte — hauptsächlich Kontormöbel — sind im wesentlichen Arbeiterorganisationen aller Art. Der Gesamtumsatz im letzten Geschäftsjahr belief sich auf 270 000 Mk.; 79 Prozent des Umsatzes entfällt auf Konsumvereine. Aber die Verhältnisse der beschäftigten Arbeiter sagt der Geschäftsbericht: „Die Stundenlöhne wurden im verfloffenen Geschäftsjahr durch Sonderabmachungen um 3 Pf. pro Arbeitsrunde erhöht, so daß der Durchschnittslohn pro Stunde 61 Pf. beträgt. Der Mindestlohn ist 57 Pf. pro Stunde. Die Überstunden, 6 bis 8 Uhr abends, werden mit 25 Prozent, die Nachtstunden, 8 Uhr abends bis 6 Uhr morgens, mit 50 Prozent und Sonntagsarbeit mit 100 Prozent Aufschlag bezahlt. Die Krankentassen- und Invalidenversicherungsbeiträge trägt die Genossenschaft ganz. Der Tarif verlangt 55 Pf. Mindestlohn. Die Arbeitszeit beträgt 53 Wochenstunden, mit Unterbrechung durch halbstündige Frühstücks- und anderthalbstündige Mittagspause, von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.“ — Als Reingewinn wurden 4 Prozent zurückvergütet. Daß die Genossenschaft tadellose Arbeit bei mäßigen Preisen zu liefern hat, wird als selbstverständlich angesehen.

Der Breslauer Konsumverein — an Mitgliederzahl der größte in Deutschland und wohl überhaupt — ist im Jahre 1911 auf die ungeheure Zahl von 95 733 Mitgliedern gewachsen. Der Umsatz betrug 22 738 720 Mk. Das macht einen Durchschnittsumsatz pro Jahr und Mitglied von 249 Mk. Der Durchschnittsumsatz muß als verhältnismäßig niedrig bezeichnet werden; um so mehr, als auch weite besser bemittelte Kreise dem unter bürgerlicher Vermaltung stehenden Verein angehören. In den modernen Arbeiterkonsumvereinen ist der Durchschnittsumsatz um ungefähr 100 Mk. höher. Außerst bemerkenswert ist, was der Geschäftsbericht in bezug auf die Verteuerung wichtiger Lebens- und Genussmittel feststellt. So ging der Umsatz von Butter wesentlich zurück, während der von Margarine entsprechend stieg. Das gleiche Verhältnis zeigen die Umsätze von Kaffee- und Kaffeesurrogaten, und der Rückgang der Brotproduktion scheint mit dem Mehrverbrauch von Kartoffeln in ähnlicher Weise zusammenzuhängen. Erfreulich ist, daß der Verbrauch von Branntwein um 139 155 Liter zurückging, während der von Bier und alkoholfreien Getränken stieg. Selbstverständlich ist in dieser mächtigen Genossenschaft die Eigenproduktion stark ausgebaut.

Aber *Maison du Peuple*, diese alte und bekannte belgische Arbeitergenossenschaft, wird nach dem Geschäftsbericht von 1910/11 in einer Korrespondenz folgendes berichtet: Bekanntlich haben die belgischen Konsumvereine, auch die geringeren Größe,

einen sehr vielseitigen Geschäftsbetrieb, der gewöhnlich mit einer Bäckerei anfängt und dessen erstes Ziel die Errichtung eines Volkshauses ist, das alsbald zum Mittelpunkt der sozialistischen Arbeiterbewegung der Stadt wird. Auch den verschiedensten sozialen Bestrebungen dienen die belgischen Konsumvereine mit Eifer. Unter ihnen nimmt die Brüsseler *Maison du Peuple* (Volkshaus) neben dem *Senter Vooruit* die erste Stelle ein. In dem vom 1. Juli 1910 bis 30. Juni 1911 laufenden Geschäftsjahr hatte die Genossenschaft einen Umsatz von 6 305 825 Franken. Davon entfielen auf Bäckereiwaren 3 178 514 Franken, die Hälfte des ganzen Umsatzes, auf Spezereiwaren 1 183 741 Franken, auf Kohlen 574 226 Franken, auf Konfektionsartikel usw. 537 926 Franken, auf Schlächtereiprodukte 448 270 Franken. In ihrem Café setzte die Genossenschaft für 292 998 Franken um und in ihrem Kine-matographentheater hatte sie eine Einnahme von 90 151 Franken. Der Bäckereibetrieb ist also der Hauptbetrieb der Genossenschaft, der auch die größten Überschüsse abwirft. Der gesamte Reingewinn der Genossenschaft bezifferte sich auf 720 989 Franken, wovon 516 965 Franken auf die Bäckerei entfielen. Die Art der Verteilung respektive Verwendung des Überschusses läßt den starken sozialen Geist erkennen, in dem das Brüsseler Volkshaus geleitet wird. Wie alljährlich verteilte die Genossenschaft an ihre Kranken Mitglieder Brot, und zwar im Werte von 20 727 Franken. 108 081 Franken kostete der Genossenschaft die unentgeltliche ärztliche Hilfeleistung und Versorgung mit Medikamenten, die sie ihren Mitgliedern gewährt. 13 165 Familien mochten im Berichtsjahr von dieser Vergünstigung Gebrauch, während weitere 13 659 Familien die Dienste gegen eine kleine Vergütung in Anspruch nahmen. Es sei noch bemerkt, daß die Kasse mit 23 Ärzten und einer Ärztin in Verbindung steht und daß ihr 25 Apotheken angeschlossen sind. Für die Propaganda wurden 68 003 Franken aufgewandt, für Abschreibungen 90 000 Franken, so daß 434 177 Franken zur Verteilung übrig blieben. Davon wurden wiederum 10 000 Franken den Reserven einverleibt und weitere 18 000 Franken den Angestellten der Genossenschaft überwiesen. Der Rest wurde als Rückvergütung verteilt, und zwar nach einem uns recht merkwürdig erscheinenden System. Es gibt nämlich nur auf Spezereiwaren, Konfektionsartikel und Fleischwaren eine prozentuale Rückvergütung (6, 5 und 2 Prozent), auf Brot und Kohlen wird ein gewisser Betrag pro Stück respektive Sack rückvergütet. Neben ihrer Krankenkasse besitzt die Genossenschaft noch eine auf Gegenseitigkeit beruhende Versicherungskasse, die zurzeit 3500 Mitglieder umfaßt. Steht die Brüsseler Arbeitergenossenschaft sonach in sozialer Beziehung sehr hoch, so bleibt sie doch in geschäftlicher Beziehung weit hinter den gleich großen deutschen Konsumvereinen zurück. Beide können voneinander lernen. H. F.

Notizenteil. Dienstbotenfrage.

Sonderbare frauerechterische Blüten im dänischen Dienstbotenverband haben sich entwickelt. Ende vorigen Jahres hat die Regierung einen Gesetzentwurf eingebracht, der die Bestindeordnung von 1854 aufheben und wirksame Schutzbestimmungen für die weiblichen und männlichen Dienenden schaffen soll. Daß der Gesetzentwurf nicht nach dem Herzen der gnädigen und ungnädigen Herrschaften ist, versteht sich von selbst. Sie fallen zum größten Teil mit wütendem Gelläuf darüber her. Dagegen dürfte es viele befremden, daß auch die Leitung des Dienstbotenverbands oder richtiger dessen Vorsitzende, Fräulein *Christensen*, gegen den Gesetzentwurf mit Heftigkeit agitiert. Zwar fordert die Organisation nachdrücklich die Aufhebung der geltenden demütigenden und schädigenden Bestindeordnung. Allein sie weist die nicht minder dringenden Schutzbestimmungen zurück, wie sie der Entwurf über die Beschaffenheit der Schlafräume, eine festgelegte Freizeit, Hilfe und Pflege in Krankheitsfällen usw. enthält.

Die Ablehnung dieser wichtigen Reformen wird damit begründet, daß sie nicht nötig und ein Eingriff in das Recht des einzelnen seien. Ihr liegt die nämliche äußerliche, verkehrte Auffassung des Gleichheitsprinzips zugrunde wie der Gegnerschaft der dänischen Drudereiarbeiterinnen gegen das Verbot der Nachtarbeit der Frauen. Wie diese, so setzen sich auch die organisierten Dienstmädchen durch ihre Stellungnahme in Widerspruch zu der Sozialdemokratie, die sich des Erfolges rühmen durfte, daß der Gesetzentwurf der Regierung einen Teil ihrer sozialpolitischen Forderungen berücksichtigt hat. Dafür aber marschieren sie in einer Front mit den „guten Hausfrauen“, die natürlich ihre Ausbeutungsmacht nicht durch „lästige“ gesetzliche Bestimmungen eingengt sehen möchten.

In einer Versammlung zu Kopenhagen erklärten die Damen sogar, daß sie bei Nichterfüllung schuldiger seien als die Dienenden. Nicht einmal diese ungeheuerliche Behauptung öffnete der Vorsitzenden des Dienstmädchenverbandes die Augen. Marie Christensen wendete sich im Grunde mit den Damen gegen den Entwurf und fand deren ungeteilten Beifall. Vielleicht stiften sie der merkwürdigen Vorläuferin für die Interessen der Dienenden eine Alterspension oder — da die „guten Hausfrauen“ nicht sehr begeistert fürs Zahlen sind —, was billiger ist, eine Dankadresse, wenn der Entwurf unter Verlesung auf die Meinung der Dienstmädchen selbst von den Reaktionen hochabgeschickt wird. Abzusehen dürfte sich dann unter diesen auch mancher „gute Demokrat“ finden. In der erwähnten Versammlung erklärte auch die Sozialdemokratin auch in Dänemark die einzige soziale Macht ist, die die Leiden der Dienenden versteht und mitempfindet, und die ihre Einsicht auch in die Tat umsetzt.

Die Unschuld auf dem Lande und die Rolle der Herrschaften als Erzieher zur Sittlichkeit wurde grell durch einen Meineidsprozeß beleuchtet, der sich kürzlich vor dem Schwurgericht zu Dessau abspielte. Im Mittelpunkt stand eine reiche Grundbesitzersfamilie und — eine arme Dienstmagd aus einem Dorfe des Kreises Perleberg. Vor dem Schwurgericht erschienen als Angeklagte der Grundbesitzer Krause, seine Ehefrau, beider Sohn, endlich der Arbeiter Clemens. Das Opfer der meineidigen Schurken war eine arme Magd, die bei Krauses bedientet gewesen und von dem jungen „Herrn“ geschwängert worden war. Der geriebene Vursche hatte zunächst dem Mädchen ein Abtreibungsmittel gegeben. Als das nichts geholfen hatte, boten er und seine sauberen Eltern dem Arbeiter Clemens 1000 Mk., wenn er in dem angestregten Alimentationsprozeß beschwören wolle, daß er (Clemens) in der Zeit der Empfängnis ebenfalls mit dem Mädchen geschlechtlich verkehrt habe. Clemens war schlecht genug, den Meineid zu schwören. Die vom reichen Herrn Versuchte wurde im Alimentationsprozeß abgewiesen und trug noch obendrein den größeren Schimpf. Da erfuhr ihr Vater von der Bestechung und erstattete Anzeige. Von der Familie Krause wurden ihm nun 3000 Mk. angeboten, wenn er die Anzeige zurücknähme. Vor Gericht legte die Angeklagte ein volles Geständnis ab. Es wurden verurteilt wegen Meineids beziehungsweise Verleitung hierzu Krause senior zu 2 Jahren Zuchthaus, Krause junior zu 8 Jahren 1 Monat Zuchthaus, Frau Krause zu 3 Jahren Zuchthaus und der Arbeiter Clemens zu 1 Jahr Zuchthaus. Zur Entschuldig ihrer Tat führten die Krauses an, sie hätten die Verheiratung des Sohnes mit einem vermögenden Mädchen ermöglichen wollen, das an der unehelichen Vaterschaft des jungen Herrn Anstoß genommen haben würde. Also von A bis Z alles des lieben Geldes wegen. Des Geldes wegen durfte der Sohn nicht das Mädchen freien, das er zur Mutter gemacht hatte. Des Geldes wegen, das es zu heiraten galt, sollte vor den Augen der Welt kein Makel auf seinem Namen ruhen. Des Geldes wegen wurde Mutter und Kind dem Elend überantwortet, ward Schmach über Schmach auf dem Haupte der Verführten gehäuft. Des Geldes wegen sank Clemens zum Schurken herab. Und schließlich sollte Geld alle Schustereien decken. Der Fall ist geradezu ein Schulbeispiel von der alle Sittlichkeit, alle Menschlichkeit zerstörenden Macht des Geldes. Ein Krause verfiel der Strafe. Jehn, Hunderte seinesgleichen laufen straflos herum und „erziehen“ die dienenden Töchter des Volkes! Das nennt sich Recht und Kultur! G.

Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen.

Ausbeutung der Arbeiterinnen und Umgehung der Gewerbeordnung durch die Unternehmer. Im Jahre 1908 erhielt die Gewerbeordnung eine kleine Verbesserung zugunsten der gewerblich tätigen Frauen und Mädchen. Es war das zumeist das Verdienst der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten, die nicht ermüdeten, die bürgerlichen Parteien vorwärts zu drängen, indem sie wieder und wieder die Forderungen der aufgestellten und organisierten Proletarier vertraten und zu ihrer Begründung die traurigen Folgen der hochgradigen Arbeiterinnenausbeutung nachwiesen. So konnten sich auch Regierung und bürgerliche Mehrheit nicht länger dagegen sträuben, daß der Arbeiterinnenschutz einen Schritt nach vorwärts machte, freilich nur einen recht kleinen Schritt. Der Gewerbeordnung wurde damals die Bestimmung zugefügt, daß Ar-

beiterinnen Sonnabends nicht länger als bis 5 Uhr nachmittags beschäftigt werden dürfen. Die sozialdemokratische Reaktion war für den freien Sonnabendnachmittag der Arbeiterinnen eingetreten, sie hatte den gesetzlich festgelegten sechsstündigen Arbeitstag an den Sonnabenden und Vorabenden von Festen beantragt. Aber alle bürgerlichen Parteien stimmten gegen die Forderung, wie immer, wenn es sich um Forderungen zum Wohle der Arbeiterklasse handelt. Die damals geschaffene gesetzliche Schutzbestimmung für die Arbeiterinnen wird nicht einmal eingehalten, so kümmerlich sie ist. Ich arbeitete in der Kunst- und Steindruckerei von Prager & Rosda in Berlin. Für die neue Bestimmung, die ja eine Arbeitszeitverkürzung bedeutet, hält sich die Firma dadurch schadlos, daß sie die Arbeiterinnen freitags eine Stunde länger arbeiten läßt, geht statt der im Betrieb sonst üblichen neun Stunden. In der Fabrik herrschen die menschenunwürdigsten Zustände. Fünf Treppen hoch unter dem Dach befinden sich Arbeitsräume, die diesen Namen nicht verdienen; es sind Ställe, Löcher ohne Ventilation, in die weder Luft noch Licht hineinkommen. In dem Betrieb wird mit Farben, Lacken, Öl und Weizen gearbeitet, so daß eine schreckliche, geradezu tödliche Luft in dem dicken Raume entsteht. Diese Zustände hämmern aufgeschreckte Arbeiterinnen mit jedem Tage neu und stärker die Überzeugung ein, daß so not wie das liebe Brot eine gründliche Gewerbeinspektion tut, an der die Arbeiter in ausschlaggebender Weise mitwirken. Das Gesetz schreibt vor, daß den bei Wochenlohn beschäftigten Arbeiterinnen die gesetzlichen Feiertage bezahlt werden müssen. Um sich dieser Vorschrift zu entziehen, lassen die Besitzer des Betriebs von dem Arbeitspersonal ein gedrucktes Formular unterschreiben, laut dem die Arbeiterinnen auf Bezahlung der Feiertage verzichten. Die Arbeiterinnen erhalten als Anfangslohn 10,50 Mk. wöchentlich, wenn sie mehrere Jahre in dem Betrieb geschafft haben, so steigt ihr Verdienst auf höchstens 13 bis 14 Mk. Davon gehen 50 Pf. für Versicherungsbeiträge ab und bei den meisten auch noch Ausgaben für Fahrgehalt. Von den übrig bleibenden paar Groschen sollen alleinstehende Arbeiterinnen sich nähren, kleiden, wohnen und alle übrigen Ausgaben bestreiten, und das bei den jetzigen Feuerungspreisen der Lebenshaltung. Ist es ein Wunder, wenn bei solchen Verhältnissen manch eine Proletarierin der Prostitution verfällt, weil sie nicht verhungern will? In vielen anderen Betrieben sind die Arbeitsbedingungen nicht besser. Die Arbeiterinnen sind aber nicht von aller Schuld an diesen traurigen Verhältnissen freizusprechen. Sie verschließen sich der Erkenntnis, daß sie sich gewerkschaftlich organisieren müssen, um Wandel zu schaffen. Ich habe die Erfahrung gemacht, daß die schlechtesten Lohn- und Arbeitsbedingungen in den Betrieben herrschen, in denen die Arbeiterschaft nicht organisiert ist. Um einen solchen Betrieb handelt es sich auch in dem von mir oben angeführten Falle. Die Frauen und Mädchen, die tagtäglich an Leib und Seele spüren, wie es tut, ausgebeutet und geknechtet zu werden, müßten mit Freuden nach der Waffe greifen, mit der sie sich der strapellosten Ausbeutung erwehren können: nach dem Zusammenschluß, nach der Organisation. Der Unternehmer fürchtet diese Waffe, weil er weiß, daß es mit seiner schrankenlosen Willkür vorbei ist, wenn die Arbeiterinnen seines Betriebs ihm geschlossen gegenüber treten und mit den Berufsgenossen zusammen in der Gewerkschaft für die Verbesserung ihrer Verhältnisse kämpfen. Darum, Arbeiterinnen, hinein in den Verband der Buch- und Steindruckereiarbeiter und -arbeiterinnen, hinein in die Gewerkschaft. Es ist die Vorbedingung dafür, daß euer schweres Los erleichtert wird.

Minna Gäbner.

Wohnungsfrage.

Wohnungsbedarf in Stuttgart. Die Schwabenresidenz Stuttgart am Neckar ist eine der landschaftlich am schönsten gelegenen Großstädte des Kontinents. Der Fremde, der von den Höhen auf die Stadt herniederblickt, kann in der Regel nicht genug Worte des Ruhmens finden. Aber auch in dieser schönen, von Nebenhügeln und Gärten umkränzten Residenz haust das Elend, wie in anderen Großstädten auch. Aus dem Grün der Vergabänge lugen die Wälder der Wohlhabenden hervor; das arbeitende Volk wohnt drunten im Tal, in engen Straßen und dicken Wänden, die kaum die Bezeichnung „Wohnung“ verdienen. Kühnende Winde reinigen die Luft auf den Höhen und mildern die Sommerhitze, aber drunten im Tal brütet die durch keinen Lufthauch gemilderte Glut; im Winter schleicht der staub- und rauchgeschwängerte Nebel durch die Gassen und trägt den Keim bössartiger Krankheiten in die Wohnungen der Armut.

Die reizende Lage Stuttgarts in einem Tal, das Entzücken der Fremden, beschränkt den Baugrund und verteuert so

die Wohnungen besonders der minderbemittelten Bevölkerungsschichten, die durch ihren Beruf an die Stadt gebunden sind und denen die Mittel fehlen, sich auf den Höhen anzubauen. Eine Zweizimmerwohnung kostet 350 Mark und darüber, eine Dreizimmerwohnung kommt auf 517 bis 549 Mark und noch mehr zu stehen. Dabei sind die Wohnungspreise noch ununterbrochen im Steigen begriffen, dank einer geradezu ungeheuerlichen Bodenspekulation und der Untätigkeit der Gemeindeverwaltung angesichts des Wohnungselends. 27 bis 44 Prozent seines Jahreseinkommens muß der Arbeiter für seine Wohnung opfern. Glende Löcher, die den Reichen zur Unterbringung ihrer Haustiere zu miserabel sein würden, dienen als Wohn- und Schlafräume für Menschen und müssen teuer bezahlt werden.

Der Sozialdemokratische Verein Stuttgart, der einen energischen Kampf gegen die Wohnungsmisere führt, hat in einer kleinen Broschüre, „Wohnungselend in Stuttgart“, Verlag des Sozialdemokratischen Vereins Stuttgart, Tatsachen und Zahlen über die Wohnungsverhältnisse der Stadt bekanntgegeben, die wir der Beachtung der Genossinnen für ihre Agitation empfehlen. Sie werden zumal auch gute Dienste tun bei der Kleinarbeit, dem aufklärenden Worte von Frau zu Frau. Es ist ja die Proletarierin, die am schwersten unter dem Wohnungselend leidet. Das läßt auch das Schriftchen klar hervortreten. Damit die Familie die hohe Miete aufbringen kann, muß die Frau mitverdienen. Die Mutter ist gezwungen, in die Fabrik oder zum Waschen usw. außerhalb des Hauses zu gehen. Die Kinder müssen fremder Obhut überlassen werden. Oder die Mutter verrichtet Heimarbeit, die Familie nimmt fremde Schlafgänger in die Wohnung auf, so beengt auch der Raum schon an und für sich ist. In jedem Falle verdoppelt und verdreifacht sich die Arbeitslast der Frau. Und wie schwer ist es, Ordnung und Sauberkeit in einer engen Wohnung aufrechtzuerhalten, der es womöglich nicht bloß an Luft und Licht, auch an Wasserleitung, Gas usw. fehlt. Aber alle Arbeitslast und Sorge um den Mietzins ist leicht zu tragen im Vergleich zu der furchtbaren Qual, die Krankheit, Siedtum und frühes Hinsinken der Kinder dem Mutterherzen bereiten. Der zarte Kindeskörper ist gegen die schädlichen Einwirkungen der feuchten, dumpfen und lichtlosen „Wohnung“ am wenigsten widerstandsfähig. Wie stark das Wohnungselend die Kindersterblichkeit beeinflusst, wird in dem Schriftchen daran nachgewiesen, daß in einem Stuttgarter Bezirk mit sehr elenden Wohnungsverhältnissen, Gaisburg, im Jahre 1910 auf 100 Geburten 84,4 Sterbefälle von Säuglingen entfielen; in einem anderen Bezirk mit einer Bevölkerung der gleichen sozialen Schichtung, Gableenberg, nur 17,1 vom Hundert; in einem dritten, Dötheim, nur 6,4 vom Hundert. Der letztgenannte Bezirk ist zwar ebenfalls vorzugsweise von Arbeitern bewohnt, doch befindet sich hier eine auf gemeinnütziger Grundlage errichtete Wohnkolonie. Der Verfasser des Schriftchens bemerkt zu den vorstehenden Zahlen:

„Hunderte zarter Menschenknospen welken vor der Zeit dahin. Kaum hat sich das Auge dem Lichte erschlossen, kaum hat die Mutter das kleine, hilflose Wesen ans Herz genommen, so stirbt es auch schon wieder dahin. Kein Mittel, keine Pflege will nützen. Vergeblich wacht die Mutter Nächte hindurch, vergeblich sucht sie das fliehende Leben zu halten. Alle Liebe, alle Aufopferung ist umsonst. Und die christliche Gesellschaft, die den herodianischen Kindermord mit Tränen der Nüchternheit beklagt und dem sagenhaften königlichen Mörder Klüche ins Grab nachsendet, läßt diesen viel schrecklicheren Mord an ungezählten Menschenknospen stumpf und gleichgültig geschehen. Sie bringt es sogar fertig, die weinende Mutter mit der Behauptung trösten zu wollen: „Es ist Gottes Wille.“ Ach nein, nicht „Gottes Wille“ trübt so früh das junge Leben. Das Wohnungselend fordert diese Opfer.“

Aus dem Bericht des Stuttgarter Stadtarztes für 1909/10 wird nachgewiesen, daß von 14 325 auf ihren Ernährungszustand untersuchten Volksschulkindern nur 2761 als gut genährt bezeichnet werden konnten, daß Tausende und aber Tausende dieser Kinder als ungenügend genährt und blutarm befunden wurden. Dazu kommt ein Heer von Krankheiten: Malaria, Drüsen- und Augenleiden, Tuberkulose usw. Neben der schlechten Ernährung ist das Wohnungselend eine der stärksten Wurzeln dieser furchtbaren Zustände. Wer aber trägt mit den Kindern am härtesten Leid und Qual? Ist es nicht die Mutter? Und ist sie es nicht, die unter den größten Opfern von ihren Lieblingen den Einfluß der Wohnungsmisere abzuwehren sucht? „Wahrhaft erschütternde Bilder bieten sich oftmals dem Besucher, aber auch Bilder eines stillen Heldentums, das in seiner schlichten Größe alle Ruhmestaten welt-erobender Menschenschlächter überragt.“ Die Frauen allerorts, die

gleich unseren proletarischen Schwestern in Stuttgart unter dem Wohnungselend leiden, werden aus eigener Erfahrung solche Bilder des Wohnungselends kennen. Sie werden nicht säumen, mit Hand anzulegen im Kampfe gegen diese Plage, der nur das große Befreiungsringen des Proletariats erfolgreich entgegenzutreten vermag.

Frauenstimmrecht.

Für die Einführung des allgemeinen Frauenwahlrechts in **Polen** werden unsere Genossinnen ebenfalls am 12. Mai durch einen besonderen **Frauentag** demonstrieren. Auch diese Veranstaltung findet mit der Unterstützung der sozialdemokratischen Partei statt. Daß unsere Schwestern in den Niederlanden heuer die Initiative zu einer solchen Demonstration ergreifen können, bekundet die Fortschritte, die die proletarische Frauenbewegung dank unermüdlicher Arbeit unter schwierigen Umständen gemacht hat.

Die Beteiligung der Frauen am Wahlkampf in Kopenhagen. Wie wir seinerzeit mitgeteilt haben, ist in Dänemark ein Gesetz für die Kommunalwahlen eingeführt worden, das auch den Frauen das Bürgerrecht in der Gemeinde verliehen hat. Den Frauen, insoweit sie mit steuerzahlenden Männern verheiratet oder selbständige Steuerzahlerinnen sind. Im Jahre 1909 ist zum ersten Male auf Grund dieses Gesetzes gewählt worden, das die Wahlperiode auf vier Jahre festsetzt. Später gelangte ein Ergänzungsgesetz für Kopenhagen allein zur Annahme. Danach muß die Kommunalvertretung in der Landeshauptstadt aufgelöst und eine Neuwahl ausgeschrieben werden, wenn die Steuern 20 Prozent über die Grundtaxe erhöht werden sollen. Diese Notwendigkeit lag dieses Jahr vor.

Die Ausgaben der Kommune Kopenhagen für soziale Einrichtungen sind in den letzten Jahren beträchtlich gestiegen, weil die Sozialdemokratie einen starken Einfluß auf die Kommunalverwaltung ausüben und nötige Reformen durchsetzen konnte. So sind die Aufwendungen für die Altersversorgung, die nichts mit der Armenpflege gemein hat, in den letzten zehn Jahren von 1 Million Kronen auf 2 1/2 Millionen Kronen gewachsen. Dank der Sozialdemokratie wurde der durchschnittliche Unterstützungsbetrag pro Person von 168 Kronen jährlich auf 268 Kronen erhöht. Die Ausgaben für die Volksschule stiegen in den gleichen zehn Jahren von 2 Millionen Kronen auf 5 1/2 Millionen Kronen, und ebenso sind die Aufwendungen für die Krankenhäuser, für die Armenpflege usw. in die Höhe gegangen. Die Sozialdemokratie wies mit Stolz auf ihre vorwärtsdrängende Tätigkeit in der Gemeinde hin und entwickelte vor den Wählern mit voller Gemütsruhe ihre Forderungen auf höhere Einnahmen der Gemeinde. Ihr Erfolg bei der Wahl ist ein schöner Beweis von der sozialen Reife der Arbeiterklasse.

Die Gegner hatten getan, was sie nur konnten, um die Sozialdemokratie bei den Wählern anzuschwärzen. Sie entfalteten eine gewaltige Agitation gegen die Erhöhung der Steuern und appellierten namentlich an die Frauen, die ihrer Meinung nach gegen die Sozialdemokratie stimmen mußten, weil diese durch ihr Wirken das bescheidene Einkommen der Familien in den unteren Klassen geschmälert haben sollte. Das bürgerliche Kassen gegen die Erhöhung der Steuern hatte aber einen ganz anderen Grund als die Rücksicht auf die Arbeiterfamilie. Das neue Steuergesetz brachte nämlich die mit dem Einkommen steigende Steuerleistung. Eine Steuersumme von 1 200 000 Kronen wird danach derart verteilt, daß nur 300 000 Kronen von den Steuerzahlern mit einem Einkommen von unter 2000 Kronen pro Jahr aufgebracht werden müssen, während 900 000 Kronen von den Steuerzahlern mit einem Einkommen über 2000 Kronen zu entrichten sind. Die oberen Klassen müssen also bis zu einem gewissen Grade nach ihrem Vermögen steuern, aber da bei ihnen die „Gerechtigkeit“ ein verhafter Begriff ist, kann man sich leicht vorstellen, daß die vorgeschlagene Steuererhöhung ihre Wut bis zur Siedehitze trieb.

Die Arbeiterfrauen liehen sich jedoch ebensowenig wie die Arbeiter selbst von dem hysterischen Geschrei gegen die Sozialdemokratie und ihre kommunale Politik irreführen. Sie verstanden ganz gut, daß diese Politik gerade auf die Interessen der Arbeiterklasse zugeschnitten ist, und daß ein gutes Schulwesen, eine humane Altersversorgung, die Unterstützung der Arbeitslosen, eine verbesserte Krankenpflege in den Hospitälern usw. von weit höherer Bedeutung ist als ein paar Kronen weniger Steuern.

Die Kopenhagener Arbeiterorganisationen beteiligten sich mit voller Energie am Wahlkampf. Außer den öffentlichen Wähler- versammlungen wurden Versammlungen der Gewerkschaften ver-

onstaltet, die der Wahl galt. Bei dem allem standen die organisierten proletarischen Frauen nicht hinter der Betätigung ihrer Berufs- und Massengenossen zurück. Am Sonntag den 4. Februar hielten die Genossinnen eine Rieserversammlung für die Frauen ab, zu der viele Tausende erschienen waren. Acht Redner beleuchteten die vorliegende Situation und die gesellschaftliche Stellung der Frauen. Bei dieser Gelegenheit wurde ebenfalls die politische Gleichberechtigung der Frauen mit den Männern gut und kräftig verteidigt. Die entsprechende Forderung, an die Regierung und den Reichstag gerichtet, fand einstimmige und begeisterte Annahme. Am Sonntag den 10. März wurden acht große Wählerversammlungen abgehalten; in ihnen allen traten auch Rednerinnen auf, und die Frauen waren als Zuhörer stark vertreten. Dasselbe galt gleichfalls von der Unmasse von Versammlungen, die im Laufe der letzten drei Wochen vor der Wahl täglich in den verschiedenen Stadtteilen abgehalten wurden. An der Hausagitation nahmen die Frauen auch einen hervorragenden Anteil. An den beiden Sonntagen vor der Wahl wurden an alle zirka 140 000 Wähler eine Million Flugchriften verbreitet. Dem zahlreichen Aufgebot, das diese Arbeit leistete, gehörten gegen 100 Frauen an.

Die Wahl fand am 12. März statt. Manche Genossen sahen dem Ausfall mit Bangen entgegen. Hatte doch Kopenhagen in den letzten Jahren sehr stark unter einer ungeheuren Arbeitslosigkeit gelitten, Tausende von Arbeiterwählern waren ausgewandert, und andere Tausende hatten ihr Wahlrecht verloren, weil sie außerstande gewesen waren, die Steuern zu bezahlen. Aus den Wählerlisten waren über 10 000 Wähler wegen Nichtbezahlung der Steuern gestrichen worden. Trotz allem brachte die Wahl für die Sozialdemokratie ein außerordentlich zufriedenstellendes Ergebnis. Die von ihr seit 1909 verfolgte kommunale Politik wurde von den Wählern durchaus gebilligt. Die gegnerischen Parteien hatten sich gewaltig mit ihrer Hoffnung verrechnet, die Stimmen der Frauen in den unteren Klassen einzufangen.

Die Wahlen zu den Kopenhagener Stadtverordnetenversammlungen erfolgten nach dem Proporz. Die Sozialdemokratie, welche in dem alten Stadtparlament 20 Sitze inne hatte, erhielt am 12. März 21 Mandate, also gerade die Hälfte aller. Die Zahl der Wahlberechtigten betrug 137 000, und davon gaben zirka 76 Prozent ihre Stimme ab. Die Sozialdemokratie erhielt 50 473 Stimmen und 21 Mandate, die radikale Linke 10 218 Stimmen und 4 Mandate, für die Antisozialisten (die Rechte und die gemäßigten Linke) wurden 39 020 Stimmen abgegeben, die diesen Reaktionsären 16 Sitze sicherten, die Innere Mission eroberte mit 2400 Stimmen 1 Mandat, eine „unabhängige“ Liste, bestehend aus christlichen Sektiern usw., vereinigte 328 Stimmen auf sich und blieb ohne Mandat. Die Sozialdemokratie gewann also beinahe die Hälfte aller abgegebenen Stimmen und bildet in allen allgemeinen demokratischen Fragen zusammen mit der radikalen Linken die Majorität. Es scheint, als ob die Frauen bei der diesjährigen Wahl etwas stärker abgestimmt hätten als 1909, jedoch liegt noch keine Statistik über ihre Beteiligung vor.

Unter den gewählten Sozialdemokraten befinden sich 2 Frauen, die Radikalen haben 1 Frau, die Antisozialisten 4 Frauen als Stadtverordnete, die Innere Mission wird in der Gemeindevverwaltung durch 1 Frau vertreten. Im ganzen sitzen also 8 Frauen im Kopenhagener Stadtparlament, aber selbstredend wirken sie nicht als Frauen zusammen, sondern für ihre Haltung sind die Richtlinien der Partei ausschlaggebend, zu der sie gehören.

Die Kopenhagener Arbeiter blicken mit Zufriedenheit, ja mit Stolz auf das Wahlergebnis. Sie bereiten sich auf die nächste kommende Wahlschlacht vor, die bereits 1913 stattfinden wird. Die diesjährige Wahl war, wie erwähnt, eine außerordentliche, und ihr Resultat gilt nur bis zum Ablauf der regelrechten Wahlperiode. Inzwischen muß die Sozialdemokratie eine große Aufklärungs- und Agitationsarbeit leisten, damit nächstes Jahr mehr Wahlberechtigte zur Urne gehen. Der Kampf wird ein harter sein, denn er entscheidet auch über die Zusammensetzung der anderen Abteilung der Stadtverwaltung, über die Zusammensetzung des Magistrats, welcher von den Abgeordneten gewählt wird. Die oberen Klassen werden alle Mittel spielen lassen, um der Sozialdemokratie die Majorität der Stimmen und Mandate und damit die Eroberung des Magistrats streitig zu machen. Allein die Arbeiter sind voller Hoffnung, sie wissen, daß sie eine unbeugsame Energie besitzen, und vertrauen auf ihre Kraft.

F. H. Stauning, Kopenhagen.

Die Ablehnung des beschränkten Frauenwahlrechts in England, wie es die sogenannte „Versöhnungsbill“ einführen wollte,

ist im Unterhaus Ende März mit der starken Mehrheit von 228 gegen 208 Stimmen erfolgt. Im vorigen Jahre hatte die Vorlage 255 Stimmen für sich und nur 88 gegen sich gehabt. Bemerkenswert ist die große Anzahl liberaler Abgeordneter, die gegen die „Versöhnungsbill“ gestimmt haben. Das Abstimmungsergebnis war nämlich das folgende: Für die Vorlage stimmten 117 Liberale, 63 Konservative, 25 Arbeiterpartei und 8 unabhängige Iren, gegen sie fielen die Stimmen von 114 Konservativen, 78 Liberalen und 35 Iren. Im vorigen Jahre hatten 81 Irländer für und nur 9 gegen die Bill gestimmt. Die veränderte Haltung der Partei wurde dadurch bestimmt, daß die Annahme der Vorlage in der zweiten Lesung auch die weiteren Verhandlungen darüber zur Folge gehabt haben würde.

Der Ministerpräsident Asquith hatte seinerzeit den Frauenrechtlerinnen versprochen, daß das Parlament für diese Beratungen eine volle Woche zur Verfügung stellen solle. Er hielt an seinem Versprechen fest, obgleich er seither die Erklärung abgegeben hat, daß die Regierung eine Bill zu einer allgemeinen Wahlrechtsreform einbringen werde, zu der ein besonderes Amendement über das Frauenwahlrecht beantragt werden könne. Die Iren fürchteten nun, daß die Verhandlung über die „Versöhnungsbill“ sehr viel Zeit beanspruchen und dadurch die Aussichten für die Home Rule Bill verschlechtern würde. Gegen die Vorlage haben auch 18 Liberale und 10 Unionisten gestimmt, die im vorigen Jahre ihr Votum dafür abgegeben hatten. Eine größere Zahl Abgeordneter beider Parteien hat sich entgegen ihres vorjährigen Eintretens für die Bill heuer der Stimme enthalten. Es ist kein Zweifel, daß die neueste unsinnige Taktik der Suffragettes — das Zertrümmern von Fenstern und Spiegelscheiben — dem Frauenwahlrecht keine Sympathie erworben hat.

Abgesehen von den unverföhllichen grundsätzlichen Gegnern des politischen Bürgerrechts der Frauen hatte jedoch der Gesetzentwurf gerade auch viele der besten Anhänger dieser Forderung gegen sich. Die „Versöhnungsbill“ ist ein durch und durch reaktionärer Wechselbalg. Unter der falschen Flagge: politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts würde sie nur einem sehr geringen Bruchteil der großjährigen Engländerinnen das Wahlrecht bringen. Und zwar käme das beschränkte Wahlrecht hauptsächlich den Damen der besthenden Klassen zugute. Aus diesem Grunde ist die „Versöhnungsbill“ früher schon von unterschiedenen Verecktern des Frauenwahlrechts rücksichtslos bekämpft worden. So zum Beispiel von den bürgerlich radikalen Ministern Lloyd George und Churchill. Sie alle erblicken in einer eventuellen Einführung eines Damenwahlrechts nicht eine erste Stufe zur Erringung der politischen Gleichberechtigung aller großjährigen Frauen, sondern umgekehrt: ein großes Hindernis für die Eroberung des demokratischen Frauenwahlrechts. Und das mit Recht.

Wie die Dinge betreffs der „Versöhnungsbill“ liegen, ist es geradezu unbegreiflich, daß 25 Mitglieder der parlamentarischen „Arbeiterpartei“ für das Damenwahlrecht gestimmt haben. Doppelt unbegreiflich, wenn man sich vergegenwärtigt, daß diese Partei erst wieder auf ihrem letzten Jahreskongress zu Birmingham sich mit überwältigender Mehrheit für das allgemeine Wahlrecht aller Großjährigen ausgesprochen hat. Bald darauf haben bei einer Demonstration in London Führer wie Keir Hardie, Mac Donald und andere energisch diese demokratische Forderung erhoben. Es fiel dort die Losung: „Allen großjährigen Frauen das Wahlrecht oder keiner einzigen.“ Aber noch ehe daß der Hahn dreimal gekräht hat, wurde von den Mitgliedern der „Arbeiterpartei“ diese Losung verraten. Nicht zum erstenmal allerdings, trotz aller entgegenstehenden Beschlüsse der nationalen Parteikongresse und der Gewerkschaften, trotz aller entgegenstehenden Resolutionen internationaler sozialistischer Tagungen. Es erweist sich auch in der Frage des Frauenwahlrechts, daß für die Praxis der parlamentarischen „Arbeiterpartei“ Englands keine feste grundsätzliche Auffassung und keine Bindung durch ein Programm gilt, ebensowenig eine Disziplin, die den Beschlüssen der Parteivertretung Achtung sichert.

Vom Frauenwahlrecht in Schweden. Ehe wir näher auf den Entwurf der Regierung zur Einführung des politischen Frauenwahlrechts eingehen, sind einige erläuternde Bemerkungen nötig. In Schweden besteht bereits ein allgemeines, geheimes und direktes Wahlrecht; ein allgemeines insofern, als das Wahlrecht nicht an das Einkommen gebunden und dadurch beschränkt ist. Es wird ferner nach dem Proportionalwahlssystem gewählt. Das Wahlrecht ist jedoch trotzdem kein völlig demokratisches, es weist Beschränkungen auf. Zuerst die große Beschränkung, daß die

Frauen rechtlos sind, ferner gehen ihres Wahlrechts die Männer verlustig, die 1. drei Jahre ihre Staats- und Gemeindesteuern nicht entrichtet haben, 2. die im letzten Jahre Armenunterstützung erhalten und nicht zurückgezahlt haben, 3. die in Konkurs geraten sind. Die Anträge der sozialdemokratischen Partei zur Wahlrechtsreform forderten die Aufhebung aller dieser Einschränkungen. Bei der Abstimmung darüber in der Parlamentssession des Jahres 1911 beantragten die Sozialdemokraten, daß über die Aufhebung jeder einzelnen dieser Einschränkungen des Wahlrechts getrennt abgestimmt werden sollte. Dadurch wurde es möglich, daß wenigstens für die Aufhebung der einen oder anderen der drei undemokratischen Bestimmungen eine Mehrheit zustande kommen kann. Damit erhielt aber auch die Sozialdemokratie die Möglichkeit, im schwedischen Reichstag für das Frauenwahlrecht einzutreten. Die Stellung der führenden Sozialdemokraten zum Frauenwahlrecht erhellt aus der folgenden Resolution, die von dem letzten schwedischen sozialdemokratischen Kongress angenommen wurde: „Indem wir unsere Übereinstimmung mit den von der Stuttgarter und Kopenhagener internationalen sozialdemokratischen Frauenkonferenz festgelegten Richtlinien erklären, fordern wir für Schweden: 1. Die vollkommene politische Gleichstellung von Männern und Frauen. 2. Die Aufhebung aller Einschränkungen des Wahlrechts für Männer und Frauen, damit eine vollkommen demokratische Verfassung geschaffen werde. Der Kongress fordert die sozialdemokratischen Frauen auf, energisch darüber zu wachen, daß das Stimmrecht für die Frauen nicht unter schlechteren Bedingungen eingeführt wird, als die Männer es besitzen. Der Kongress erwartet, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion im Reichstag dafür eintritt, daß die Gleichstellung der verheirateten Frau mit den anderen selbständigen Staatsbürgern festgehalten und das Staatsbürgerrecht der Frau durch die Einschränkung, die Steuer betreffend, nicht gefährdet wird.“

Wie bekannt, hat die liberale Regierung unter dem Ministerpräsidenten Staaff dem Parlament einen Gesetzentwurf betreffend das Frauenwahlrecht vorgelegt. Im allgemeinen sollen die Frauen ihr politisches Bürgerrecht unter den gleichen Bedingungen erhalten, unter denen es die Männer besitzen. Im besonderen enthält jedoch der Entwurf einige Einschränkungen des Frauenwahlrechts, die damit zusammenhängen, daß auch das politische Wahlrecht der Männer durch die angeführten undemokratischen Klauseln beschränkt ist. Das eine politische Unrecht zieht die andere Ungerechtigkeit nach sich. Namentlich für die verheirateten Frauen. Hat der Mann in den letzten drei Jahren vor der Wahl die Steuern an Staat und Gemeinde nicht auf Heller und Pfennig bezahlt, so verliert nicht nur er selbst sein Wahlrecht, sondern auch seine Frau, der die Steuerleistung des Gatten angerechnet wird. Die Ehefrau verliert ferner mit dem Manne zusammen das Wahlrecht, wenn dieser in Konkurs geraten ist oder aber im Laufe des letzten Jahres Armenunterstützung bezogen und nicht zurückgezahlt hat. Das politische Recht der verheirateten Frau ist also entgegen den Forderungen unserer Genossinnen im Guten wie im Schlimmen vollständig an das Staatsbürgerrecht des Gatten gebunden. Die Einschränkung des Wahlrechts für Männer und Frauen durch die angeführte Steuerklausel ist um so unfinniger, als der Besitz des politischen Wahlrechts überhaupt nicht an die Entrichtung eines bestimmten Steuerbetrags gebunden ist. Mann und Frau sind wahlberechtigt, wenn der Mann überhaupt keine Steuern entrichtet, weil er kein steuerbares Einkommen hat. Infolge der verschiedenen reaktionären Bestimmungen, die die Ausübung des Wahlrechts einschränken, sind ungefähr 300 000 Männer im Wahlrechtsalter vom Genuß ihres Staatsbürgerrechts ausgeschlossen. Man nimmt an, daß eine noch größere Zahl von wahlmündigen Frauen ohne ihr politisches Bürgerrecht bleiben, wenn der Entwurf Gesetz wird. Allerdings ist die Aussicht nur gering, daß dieser durchgeht. In Schweden besteht das Zweikammersystem, und in der Ersten Kammer haben die Konservativen eine Mehrheit von 20 Stimmen. Außerdem ist der Widerstand dieser Herren gegen jede Erweiterung des Wahlrechts, mithin auch gegen das Frauenwahlrecht, härter als je.

Vom Stand der Frauenwahlrechtsfrage in Italien. Die Einführung eines kommunalen Wahlrechts für die Frauen ist nicht ganz unwahrscheinlich. Allerdings handelt es sich um ein recht beschränktes, reaktionäres Frauenwahlrecht. Für ein solches hat sich wenigstens die parlamentarische Kommission ausgesprochen, die den Gesetzentwurf über das kommunale Frauenwahlrecht zu beraten hatte. Sie will die Frauen in dieser Hinsicht viel günstiger stellen, als die Männer gestellt sind, obgleich auch diese kein uneingeschränktes Bürgerrecht besitzen. Gemeindeglieder sind nämlich alle Männer, die das 21. Lebens-

jahr erreicht und die vier Klassen der Elementarschule besucht haben. Die Frauen sollen aber erst mit 25 Jahren wahlberechtigt werden, vorausgesetzt obendrein, daß sie einer der folgenden Bedingungen genügen: sechs Jahre eine Elementarschule oder zwei Jahre eine Mittelschule besucht haben; sich durch Veröffentlichungen über den Besitz höherer Bildung ausweisen; über 100 Lire jährlich direkte Steuern bezahlen; im Staats- oder Gemeindebedienstelt angestellt sind. Man kann sich ohne große Mühe an den Fingern abzählen, daß ein derart verschandeltes Wahlrecht in der Gemeinde die Frauen des werktätigen Volkes in ihrer erdrückenden Mehrheit rechtlos lassen würde. Abgesehen schlägt die Kommission vor, daß die Frauen unter den festgelegten Bedingungen auch die Wählbarkeit erlangen sollen. Der befürworteten Neuerung liegt klar genug die Absicht zugrunde, den Einfluß der Reichen auf die Gemeindeverwaltungen zu stärken und dadurch, zumal in Kommunen mit starker und aufgestärkter Arbeiterbevölkerung, der vordringenden Macht der Sozialisten einen Damm entgegenzustellen.

Was das politische Frauenwahlrecht anbelangt, so liegt auch dazu das Gutachten einer parlamentarischen Kommission vor, die sich mit dem Gesetzentwurf der Regierung zur Wahlrechtsreform zu beschäftigen hatte. Der Bericht dieser Kommission hebt hervor, daß sie es nicht für zweckmäßig gehalten habe, über den Gesetzentwurf der Regierung hinauszugehen. Heute steht das Wahlrecht zu der Kammer nur allen männlichen Bürgern zu, die wenigstens die vierklassige Elementarschule besucht, ihrer Militärpflicht genügt oder das 30. Lebensjahr erreicht haben. Nun soll das Wahlrecht auf die männlichen Analphabeten ausgedehnt werden, das heißt auf Personen, die des Lesens und Schreibens unkundig sind. Es wird dies damit begründet, daß bei dem Tiefstand der ländlichen Schulen das geltende Wahlrecht die ländliche Bevölkerung zugunsten der städtischen benachteilige. Eine Erwägung das, die in Wirklichkeit weit weniger vor dem Recht der ländlichen Bevölkerung sich verneigt, als vor ihrer Rückständigkeit, die politisch ausgenutzt werden soll. Doch sei's drum! Die Sozialdemokratie hat auf die Dauer nicht eine Erweiterung des politischen Rechts zu fürchten. Die vorgeschlagene Ausdehnung des Wahlrechts wird die Zahl der Wähler von drei auf acht Millionen erhöhen; der Abstand zwischen beiden Ziffern ist ein Brandmal für die seither befolgte Volksbildungspolitik sowohl der Liberalen wie der Konservativen in Italien. Die Konsequenz ist übrigens nicht die starke Seite der Kommission. Dem weiblichen Geschlecht will sie nämlich das Wahlrecht mit aus dem Grunde vorenthalten, daß nur ein minimaler Teil der Italienerinnen dank ihrer Bildung und wirtschaftlichen Selbständigkeit eine Stellung einnehmen, die die Anerkennung politischer Rechte als richtig erscheinen lasse. Von den 6 1/2 Millionen Frauen, die in Betracht kommen, seien zwei Drittel Analphabeten. Die Behauptung von der geringen wirtschaftlichen Selbständigkeit der Frauen ist eine pure Ungeheuerlichkeit. Auch in Italien fronden viele Millionen Frauen des Volkes in Industrie und Landwirtschaft dem ausbeutenden Reichtum. Der Bericht geht aber wie die Frage um den heißen Brei um eine grundsätzliche Stellungnahme zum Frauenwahlrecht herum. Dafür schweigt er in den üblichen spießbürgerlichen Salbadereien von der Mission, die die Frau in der Familie und der Gesellschaft zu erfüllen habe.

Das Frauenwahlrecht zum chinesischen Parlament wurde im Prinzip in einer Resolution anerkannt, mit der die Nationalversammlung in Peking eine Petition chinesischer Frauen für politische Gleichberechtigung beantwortete. Die Durchführung des Prinzips beziehungsweise seine Festlegung in einem Gesetz verschob die provisorische Volksvertretung jedoch auf unbestimmte Zeit. Die Vorkämpferinnen für das Frauenwahlrecht und politische Freiheit überhaupt erblickten in dieser Stellungnahme eine Verhinderung, womöglich eine Vertagung der Reform auf Sankt Kimmmerlein. Da sie — wie auch sonst breite Volksmassen — mit dem langsamen Arbeiten der Nationalversammlung unzufrieden sind, drangen sie in den Palast, wo diese ihre Sitzungen abhält, zerbrochen die Fensterscheiben und zwangen die erschrockenen Vertreter des starken Geschlechts, ihre Beratungen fortzusetzen. Zur Wiederherstellung der Ruhe wurde Militär requiriert. Die Chinesinnen scheinen den Kampf für das Frauenstimmrecht ernster aufzufassen als die englischen Suffragettes. Wer denkt bei der Episode, die der Telegraph kurz meldet, nicht an den berühmten Zug der Frauen des Pariser Volkes nach Versailles, um die königliche Familie und die Nationalversammlung nach Paris zurückzuführen? An die Nachsitzung des Parlaments in Anwesenheit der eingedrungenen Frauen, die die „Schwäger“ mit dem Schrei nach Brot unterbrechen und ihr kindliches Vertrauen in das „Mütterchen Mirabeau“ und andere beliebte Führer des

revolutionären Bürgertums befunden? Der „gute“ Ludwig XVI. jagte derweilen die Hirsche und trug des Abends ins Tagebuch die denkwürdige Einzeichnung ein: „Heute nichts vorgefallen.“ „Nichts vorgefallen“ für einen König, während sich vor dem Prachtgitter des Schlosses Tausende Hungeriger drängten. „Nichts vorgefallen“, während vor den Türen der königlichen Schlafgemächer bereits die Füße der tapferen Frauen standen, die ohne Respekt vor dem glänzenden Blunder des Gottesgnadentums und ohne Furcht vor seinen Bajonetten den König mit seiner Familie und die Nationalversammlung nach Paris zurückzwangen. Der Geschichtsschreiber Michelet nennt diesen „Leichenzug der absoluten Monarchie“ in Frankreich das Werk kämpfender Frauen.

Sozialistische Frauenbewegung im Ausland.

I. K. Zur die politische Gleichberechtigung der Frauen in Oesterreich hat das Frauenrechtskomitee der Genossinnen abermals eine größere Aktion unternommen. In der Zeit vom 10. bis 17. März hat es zahlreiche Versammlungen einberufen, als Kundgebungen gegen den Ausschluß der Frauen von der Mitgliedschaft in politischen Vereinen. In Wien allein fanden 15 solcher Versammlungen statt, eine große Anzahl auch in der Provinz. In allen Veranstaltungen sprach außer der Referentin noch ein Abgeordneter. Die Versammlungen waren sehr gut besucht und von Kampfesstimmung beherrscht. Sie wurden gleichzeitig zur Agitation für die bevorstehenden Gemeinderatswahlen und für den Frauentag ausgenützt. Bekanntlich hat das österreichische Abgeordnetenhaus schon den § 30 des Vereinsgesetzes aufgehoben, der „Frauenspersonen“ von der Mitgliedschaft in politischen Vereinen ausschließt. Nach diesem Beschluß wurde jedoch das Parlament aufgelöst, ehe noch das Herrenhaus zugestimmt hatte, und die ganze Reform fiel so ins Wasser. Dem neuen Hause wurde nun von der Regierung der Entwurf eines Vereinsgesetzes vorgelegt, das die Ausschließung der Frauen von den politischen Organisationen nicht mehr enthält, doch ruht die Vorlage im Verfassungsausschuß. Die Genossinnen wollen aber nicht länger die separaten politischen Frauenorganisationen haben, sondern den politischen Vereinen angehören zusammen mit den Genossen. Um auf das Parlament einzuwirken, wurden diese Versammlungen veranstaltet. Es gelangte folgende Resolution zur Annahme: „Die am . . . März tagende Frauenversammlung erhebt neuerlichen entschiedenen Protest gegen jene Bestimmung des Vereinsgesetzes (§ 30), welche Frauen von der Mitgliedschaft in politischen Vereinen ausschließt. Die Frauen erwarten, daß das neugewählte Parlament es als eine seiner ersten Aufgaben betrachten würde, jene reaktionäre Bestimmung zu beseitigen. Dies um so mehr, da die Mehrheit des früheren Parlaments schon beschlossen hatte, den § 30 zu eliminieren. Die Frauen empfinden es als empörend, daß man sie, die als Mütter und Arbeiterinnen schwere Pflichten erfüllen und als Staatsbürgerinnen alle direkten und indirekten Steuerlasten zu tragen haben, für unwürdig und unzureichend befand, selbst jene primitiven politischen Rechte zu besitzen, welche die Frauen jedes anderen Landes schon haben. Den Frauen fehlt leider das Recht, mit dem Stimmzettel ihre Interessen selbst zu vertreten, aber sie erwarten bestimmt, daß es im österreichischen Parlament genug einsichtige Männer gibt, die bereit sind, diese bescheidene und berechtigte Forderung, die von vielen Tausenden Frauen in ganz Oesterreich erhoben wird, zu erfüllen. Die heute tagende Frauenversammlung fordert die sozialdemokratischen Abgeordneten auf, für die Reform des Vereinsgesetzes entschieden einzutreten; die Frauen dagegen geloben, nicht zu raften und zu ruhen, bis sie im Besitz der vollen staatsbürgerlichen Gleichberechtigung sind.“ a. p.

Vom Kampf der österreichischen Genossinnen. In Oesterreich sind — wie unsere Genossinnen oben gelesen haben — die Frauen in vereinsrechtlicher Beziehung heute noch so rechtlos, wie wir es vor dem Mai 1908 gewesen sind. Der § 30 des Vereinsgesetzes von 1867 bestimmt, daß „Ausländer, Frauenspersonen und Minderjährige“ als Mitglieder politischer Vereine nicht aufgenommen werden dürfen. Seit geraumer Zeit sind aber auch in Oesterreich die Entwicklungskräfte eifrig am Werke, die den Besitz der politischen Rechte besonders für die proletarischen Frauen zu einer dringenden Lebensnotwendigkeit machen. Die Frauenarbeit ist dort prozentual viel stärker wie in dem kapitalistisch doch bedeutend mehr entwickelten Deutschland (73 Prozent zu 48 Prozent). Bei längerer Arbeitszeit sind die Löhne noch niedriger wie bei uns, der gesetzliche Arbeiterschutz steckt noch tiefer in den Kinderschuhen, so daß das proletarische Elend in jeder Hinsicht fürchterlich in Erscheinung tritt. Die Lasten der Zölle und indirekten Steuern wachsen auch in Oesterreich von Jahr zu Jahr dank der wahnwitzigen Groß-

mächtpolitik der herrschenden Klassen. Der Militarismus schröpft das Volk bis zum Weißbluten. Die Staatsschulden sind in dem verhältnismäßig armen Lande auf beinahe elf Milliarden Kronen angewachsen, auf den Kopf der Bevölkerung entfallen 800 Kronen. Wie man sieht, haben die österreichischen Proletarierinnen ein ganz gewaltiges Interesse, für eine durchgreifende Verbesserung ihrer Verhältnisse zu kämpfen und als Waffen für diesen Kampf sich die politischen Rechte zu erringen. Zur Mitwirkung bei der umfassenden Agitation für volles Vereinsrecht der Frauen war die Unterzeichnete vom schlesischen Frauen-Landeskomitee unserer Genossinnen aufgefordert worden. Sie referierte in: Mähr.-Odrau, Jägerndorf, Troppau, Odrau, Wigstabil und Bautsch. Die Versammlungen waren gut besucht, und in allen wurde die vom Frauen-Reichskomitee in Wien vorgeschlagene Resolution einstimmig und begeistert angenommen, in der die Wünsche und Forderungen der Genossinnen klar und scharf zum Ausdruck kamen. Wir wünschen unseren tapferen Schwestern in Oesterreich auch an dieser Stelle einen recht baldigen glänzenden Sieg in ihrem Kampfe. W. Selinger.

Die Frau in öffentlichen Aemtern.

Für die Mitarbeit der Frauen auf kommunalem Gebiet in Stuttgart trat der sozialdemokratische Gemeinderat Sperka bei der Beratung des städtischen Haushaltungsplans für 1912 mit Wärme ein. Er führte aus:

„Zum Schluß muß ich noch eine Frage berühren, die in den letzten Jahren in einer Reihe von großen Städten erörtert worden ist: die Mitarbeit der Frauen in der Gemeindeverwaltung. (Zurufe.) Erschrecken Sie nicht, ich spreche hier nicht von der Beteiligung der Frau an der Gemeindevertretung, sie muß von der Gesetzgebung beschlossen werden. Die Frau ist mehr und mehr auf dem Erwerb in allen Berufszweigen angewiesen und wird damit steuerpflichtig wie der Mann. Aber die gleichen Rechte, die dieser genießt, werden ihr noch immer vorenthalten. Auch in der Familie hat die Frau keine leichte Aufgabe zu erfüllen. Sie muß bei den teuren Lebensverhältnissen sparen und sorgen, und dann ist die Frau vielfach in der Familie der Sturmböck, an dem alles anprallt, was das heutige hastende und nervöse Treiben mit sich bringt. Es gibt Gebiete in der Gemeindeverwaltung, auf denen sich die Frau zum Nutzen der Stadt betätigen kann. Ich erinnere nur an die sozialen Einrichtungen der Stadt, an die Armenverwaltung, an die Schulräte, die Waisenfürsorge und auch an die Untersuchungen bei beantragter Fürsorgeerziehung, wo in vielen Fällen die Mitwirkung der Frau erwünscht wäre. Andere Großstädte, wie Mannheim, haben die Frauen zur Mitarbeit in der Gemeinde bereits herangezogen.“

Leider scheint die sozialdemokratische Anregung auf steinigem Boden gefallen zu sein. Auch nicht ein einziges bürgerliches Mitglied der Gemeindefolklegen hat den Vorschlag des Genossen Sperka unterstützt, ja ist auch nur auf die angeschnittene Frage eingegangen. Die „liberalen“ Freunde der Frauenrechte haben wieder einmal gründlich versagt.

Zu dem am 12. Mai stattfindenden diesjährigen Frauentag erscheint wie im verflossenen Jahre eine Agitationszeitung für das

Frauenwahlrecht.

Herausgegeben von Klara Zetkin.
16 Seiten im Format der Gleichheit.

Die Zeitung wird einen reichen Inhalt und eine Reihe guter Illustrationen bringen. Das Blatt soll der Agitation unter den breitesten Massen dienen.

Preis der Einzelnummer für den Wiederverkauf 10 Pfennig. Die Organisationen erhalten das Blatt zu den für die Gleichheit üblichen Bedingungen.

Bestellungen sind sofort an die Expedition der Gleichheit, Stuttgart, Furtbachstraße 12, einzusenden.

Genossinnen! Sorgt für die Massenverbreitung eurer Wahlrechtszeitung!

Verantwortlich für die Redaktion: Frau Klara Zetkin (Zunbe), Wilhelmshöhe, Post Fegerloch bei Stuttgart.

Druck und Verlag von J. S. W. Diez Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart.